

Abonnement 55 Pfl. monatlich 5,50 Pfl. ...

Der 'Vorwärts' erscheint wochentags ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die ständige Korrespondenz ...

Das Finanzprogramm.

Regierung und Parteien. — Vertrauen? Ja! — Festlegung? Nein!

Das von der Reichsregierung ausgearbeitete und den Regierungsparteien am Dienstag unterbreitete Finanzprogramm hat folgenden Wortlaut:

- 1. Senkung der Einkommensteuer, sowohl durch Herabsetzung des steuerfreien Einkommensanteils ...

unter Berücksichtigung sozialer Notwendigkeiten alle Gemeindeglieder zu den Lasten der Gemeinde herangezogen werden ...

- 11. Verstärkung der Aufsicht über die Finanzgebarung der Gemeinden und Gemeindeverbände ...

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich gestern abend einige Stunden lang über dieses Finanzprogramm unterhalten ...

Begreiflicherweise! Zur Ausführung des Programms sind, wenn wir richtig zählen, 17 Gesetzentwürfe, zum Teil sehr umfangreiche, notwendig ...

nun in den nächsten Monaten herausstellen sollte, daß man sich verschätzt und verrechnet hat, gilt der Plan dann noch?

Wie es 1934 oder 1935 aussehen wird, weiß niemand. Ein Finanzprogramm für diese Jahre kann nur unter der Voraussetzung gelten ...

Was 1930 werden wird, sieht man auch nicht ganz klar, aber doch schon einigermaßen. Man sieht, daß man aus 1929 ein großes Defizit hinüberzuschleppen wird ...

Wenn sich nun herausstellen sollte, daß der Fünfjahresplan zu solchen Konsequenzen führt — soll dann die Sozialdemokratie verpflichtet sein ...

Was für die Sozialdemokratie gilt, gilt in verändertem Sinn für die andere Regierungsparteien auch. In der Bayerischen Volkspartei z. B. werden ganz ähnliche Erwägungen angestellt ...

Man gebe der Regierung die Möglichkeit, mit einem Vertrauensvotum in der Tasche zur zweiten Haager Konferenz zu fahren. Das ist das Wichtigste. Kann man zuvor eine ehrliche Einigung über die nächsten Akte der Finanzreform erzielen ...

Rache für Champigny.

Diesmal von französischen Nationalisten geübt.

Paris, 10. Dezember.

Die Patriotenliga erklärt in einer der Presse zugesandten Mitteilung, daß Mitglieder der Liga zum Zeichen des Protestes gegen die deutsch-französische Sozialistenabrede ...

Dieses Vorgehen ist nicht nur für die Neutralität seiner nationalistischen Urheber charakteristisch, es ist zugleich nachträglich beschämend für die Kommunisten ...

Lardieu angebliches Vertrauensvotum

In Wirklichkeit eine Stimme Minderheit.

Paris, 10. Dezember.

In der Nachstimmung der Kammer am Montag hatte Ministerpräsident Lardieu bei einem Kapitel des Budgets für öffentliche Arbeiten zur Ablehnung eines geringfügigen Kredits die Vertrauensfrage gestellt ...

gegen 272 Stimmen erhalten. In der heutigen Kammerstimmung hat der sozialrepublikanische Abgeordnete Brandow gegen die Tatfrage protestiert ...

Die gleiche Frage, nämlich die der nachträglichen Abstimmungsberichtigungen, war am Schluß der heutigen Vormittagsstimmung der Kammer der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriant auf ...

Regierung mit einer Stimme in der Minderheit geblieben sei, da sich durch die zwölf Berichtigungen eine Differenz von 24 Stimmen ergeben habe ...

Der radikale Abgeordnete Daladier benutzte die Gelegenheit, um gegen das System der Abstimmungsberichtigungen zu protestieren und anzukündigen, daß er eine Änderung der Geschäftsordnung beantragen werde ...

gefaßten Idee zuliebe darauf verzichten, die Interessen der arbeitenden Massen jeweilig so zu vertreten, wie es die stets veränderlichen Umstände erfordern.

Die Bayerische Volkspartei faßte gestern abend folgenden Beschluß:

Die Fraktion ist bereit, der Reichsregierung für die Verhandlungen im Haag das Vertrauen zu volleren. Sie ist weiter bereit, die Erledigung eines Sozialprogramms, das sich auf eine Erhöhung der Tabaksteuer und auf eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherungbeiträge erstreckt, zu unterstützen. Dem von der Reichsregierung vorgelegten Finanzprogramm zuzustimmen, ist der Fraktion der Bayerischen Volkspartei nicht möglich.

Zentrum, Volkspartei und Demokraten kamen noch zu keinen Beschlüssen. Das Zentrum läßt folgendes verlautbaren:

Wenn auch die Zentrumsfraktion gegenüber Einzelheiten der Regierungsvorschläge mancherlei Bedenken hegt, so kann man doch auf Grund der Aussprache feststellen, daß die Zentrumsfraktion in ihrer Grundstimmung von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Reichsfinanzreform überzeugt ist.

Volkspartei und Demokraten tagen heute weiter. Den Beschluß, sich auf das Finanzprogramm der Regierung bindend festzulegen, hat bisher keine Partei gefaßt. Man wird für die notwendige Einigung eine andere Grundlage suchen müssen!

## Das Heer verschlingt.

### Kritik am französischen Militärhaushalt.

Paris, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

In einer Nachtigung zum Dienstag begann die Kammer mit der Beratung des Heeresbudgets. Der Berichterstatter Bouillou-Lafont bemühte sich die Militärausgaben als ungewöhnlich niedrig erscheinen zu lassen. Für das stehende Heer würden im Inlande 4,8 Milliarden, in den Kolonien 1,8 Milliarden und im Rheinland 426 Millionen vorgesehen. Da das Heer 440 000 Mann zähle, koste jeder Soldat täglich 9,62 Franken. Gegenüber dem Vorjahre seien die Ausgaben um fünf Millionen gesunken. Weitere Ersparnisse seien nicht möglich, wenn man nicht das ganze Wehrsystem ändern wolle. Sie seien niedriger als in 1914.

Der radikale Parteiführer Daladier erklärte demgegenüber: rechne man die Ausgaben für die Militärflieger, sowie die an verschiedenen Stellen des Budgets versteckten Ausgaben und endlich die drei Milliarden-Kredite für die Festungsbauten hinzu, so komme man zu einem Gesamtbetrag von 12,2 Milliarden.

Frankreich gebe also auf den Heller genau dieselbe Summe für sein Heer aus, wie für die gesamte Zivilverwaltung.

Ein derart katastrophaler Zustand sei in keinem anderen Lande festzustellen. Die Heeresorganisation Frankreichs tranke an der igen Idee möglichst hoher Mannschafsstände. So halte man nahezu 800 000 Rekruten unter den Fahnen und züchte, um ihre Ausbildung zu sichern, eine allmächtige Militärbürokratie. Nur das Militärsystem könne Frankreich vor allzu hohen Ausgaben und seine Bürger vor allzu langem Kasernenaufenthalt hepahten.

### Zwischenfall im Haushaltsauschuß.

Paris, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

In der Dienstagtagung der Kammer kam es im Verlauf der Aussprache über das Heeresbudget zwischen dem sozialistischen Abgeordneten Chouffet und dem Rationalisten Franklin-Bouillon zu einem heftigen Zusammenstoß. Chouffet hatte das Budget einer sehr scharfen Kritik unterzogen und erklärt, daß an ihm mindestens 2 Milliarden gespart werden können, ohne daß die viel beschworene Sicherheit des Landes gefährdet werde. Man berufe sich auf reaktionärer Seite immer wieder auf die deutschen Kriegsausgaben, die auch Franklin-Bouillon wieder aufgeführt habe. Als darauf der Abg. Grumbach beantragte, die Erklärungen Franklin-Bouillons sofort in der Kammer zu diskutieren, lehnte die Majorität die Diskussion ab. „Wenn nun Herr Franklin-Bouillon — so fuhr Chouffet fort — die Wahrheit sprach, warum verhierte die Majorität der Kammer seine Erklärung zu diskutieren?“

In einem Zwischenruf erwiderte Franklin-Bouillon, er habe sich nur auf die Zeugenschaft der deutschen Sozialdemokratie selbst berufen. Habe doch Scheidemann selbst im Reichstag den unruhigen Geist, der in der Reichswehr herrsche, angeprangert. Chouffet erwiderte darauf, er habe alles Vertrauen in die deutsche Demokratie. Das lässliche Ergebnis des Volksbegehrens allein beweise schon, daß der nationalistische Geist in Deutschland im Abstieg begriffen sei.

Was Scheidemann im Dezember 1926 unter der damaligen Bürgerhaushalt-Regierung über Selbstschußverbände usw. ausgeführt hat, gibt Herrn Franklin-Bouillon nicht das geringste Recht, drei Jahre später die widerstrebendsten Behauptungen über deutsche Wehrleistungen zu propagieren. Offenbar lag diesem französischen Rationalisten nur daran, seinen deutschen Gefinnungsgenossen, deren Schwächen er wahrscheinlich bedauert, Agitationsmaterial gegen die Sozialdemokratie in die Hände zu spielen.

## Jaspars neues Regierungsprogramm.

### Farblose Regierungserklärung — Einigung zweifelhaft.

Brüssel, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Kammer nahm am Dienstag eine Programmklärung der Regierung Jaspars entgegen, die durch ihre Farblosigkeit auffiel. Jaspars kündigte Vorschläge zur Herabsetzung der Umsatzsteuer, der Lebersteuer sowie verschiedener anderen Steuern an. Insgesamt soll die Steuerermäßigung etwa 2½ Millionen Franken betragen. Das seit Jahren fällige Sozialversicherungsgesetz soll jetzt ebenfalls endlich eingebracht werden. In bezug auf die Sprachentfrage kündigte Jaspars in ganz allgemein gehaltenen Wendungen die sich aus dem Verlauf der Krise ergebende Lösung an.

Die Debatte, die von dem früheren liberalen Minister Debove eröffnet wurde, hinterließ den Eindruck, daß es bezüglich der Sprachentfrage mit der Einigkeit im Regierungslager noch immer keine gute Stelle hat. Debove unterstrich, daß im Volk- und Mittelschulunterricht die Eltern das entscheidende Wort bei der Abstimmung über die Unterrichtssprache haben müssen. Das läuft praktisch darauf hinaus, die französische Unterrichtssprache in Flandern zu sichern. Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob die flämischen Katholiken sich auf eine derartige Lösung einlassen. Am Dienstag haben sie sich nicht geäußert.

# Frühschluß am Weihnachtsabend.

## Ein sozialdemokratischer Erfolg auf sozialpolitischem Gebiete.

Der Reichstag hat gestern mit großer Mehrheit den Antrag auf Einführung des Fünfjahres-Ladenschlusses am Weihnachtsabend angenommen.

Die Arbeitszeit der Angestellten und Arbeiter ist im allgemeinen noch ungenügend geregelt. Für die Belagerten im Einzelhandel kommt hinzu, daß eine Neuregelung der Geschäftszeiten für die offenen Verkaufsstellen noch immer nicht erfolgen konnte. Wohl liegt dem Reichstag seit Januar 1929 ein Gesetzentwurf über den Arbeitsschutz vor, in dem auch die Ladenschlußbestimmungen enthalten sind. Der soziale Ausschuß des Reichstags war indes in den zurückliegenden Monaten von dringlichen Tagesaufgaben, besonders der Reform der Arbeitslosenversicherung in Anspruch genommen, so daß bisher eine Inangriffnahme des Arbeitsschutzgesetzes zurückgestellt wurde.

Es braucht kaum betont zu werden, daß aber auch die wachsende Sozialreaktion einer beschleunigten Fortsetzung der Arbeitsschutzgesetzgebung in den Weg getreten ist. Angesichts dieser sozialpolitisch unerfreulichen Situation war es zu begrüßen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Initiative ergriffen und den Frühschluß der Verkaufsstellen am Weihnachtsabend als Sondergesetz aus dem Arbeitsschutzgesetzentwurf herausgenommen hat, um ihn bereits zu dem Weihnachtsfest 1929 einer Bewirkung entgegenzuführen. Die Sozialdemokratie hat auch diesmal als die

### Vollstreckung dringlicher Gewerkschaftsforderungen

funktioniert. Das Verlangen des Zentralverbandes der Angestellten und des Deutschen Verkehrsverbandes nach dem generellen Fünfjahres-Ladenschluß konnte allerdings bei der heutigen Zusammensetzung des Reichstags nicht restlos durchgeführt werden.

Für die große Masse der Verkaufsstellen und Handelsreisende im Kleinhandel ist durch den gestrigen Reichstagsbeschuß

### der Fünfjahres-Weihnachts-Ladenschluß Reichsgesetz

geworden, denn es ist nicht zu zweifeln, daß der Reichsrat dem Reichstagsbeschuß beitreten wird. Für die Lebensmittel-, Blumen- und Gemüsmittelgeschäfte ist der Ladenschluß auf sechs Uhr verfest worden.

Damit hat endlich auch das Personal des Einzelhandels zwischen der aufreibenden Weihnachtsarbeit und dem Weihnachtsfest eine wohlverdiente Kienpause eingehalten. Der neue Volksstaat hat unter einem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister, Rudolf Wissell eine seit Jahrzehnten umkämpfte Forderung erfüllt, damit auch für die Regelung des Ladenschlusses überhaupt wertvolle Vorarbeit geleistet.

Die kurze Entstehungsgeschichte dieses Sondergesetzes zeigt erneut, daß auch die bürgerlichen Angestelltenverbände wie die gesamten Arbeitergewerkschaften in der schrittweisen Erfüllung ihrer Sozialprogramme einzig

### auf die Tatkraft der Sozialdemokratie angewiesen

sind, während die Sozialreformer auf bürgerlicher Seite nur unter dem stärksten Druck der Sozialdemokratie von den Unternehmer-einflüssen ihrer Fraktionen getrennt werden kann. Der Sozialdemokratische Initiativantrag war am 22. November eingebracht worden. Am 28. November folgte ein inhaltlich gleicher Antrag des Reichsrats. Dieser Antrag wurde zwar von der „Nachtausgabe“ der hagenberg-Presse in Berlin zur deutschnationalen Agitation unter den Handelsangestellten benutzt. Im sozialen Ausschuß jedoch wurde Rumm von seiner Fraktion völlig desavouiert. Er stimmte als einziger bürgerlicher Abgeordneter für seinen Antrag. Die christlich-sozialen Arbeiter- und Angestelltenvertreter aller Schattierungen glänzten im Ausschuß durch Abwesenheit. So wurden der sozialdemokratische wie der Rumm'sche Antrag abgelehnt.

Die sozialdemokratische Initiative war indes zu stark, um die ganze Aktion etwa ergebnislos verlaufen zu lassen. Zentrum und Bayerische Volkspartei hielten einen Kompromißantrag ein, der den Fünfjahres-Ladenschluß mit Ausnahme der Lebensmittel- und Gemüsmittelgeschäfte bezweckte. Die Sozialdemokratie brachte wiederum einen Verbesserungsantrag zum Kompromißantrag, indem sie für diese unter Ausnahme gestellten Ladengeschäfte den Sechsstunden-Frühschluß forderte, während andernfalls Zehntausende von Angestellten und Arbeitern im Lebensmittelverkauf bei dem Sondergesetz völlig leer ausgegangen wären. Der sozialdemokratische Verbesserungsantrag ging mit schwacher Mehrheit durch und erst damit gewann der Kompromißantrag eine größere soziale Bedeutung.

Wenn im Plenum der so gestaltete Ausschußbeschuß mit großer Mehrheit verabschiedet werden konnte, so wird damit bestätigt, daß in der breiten Öffentlichkeit der Plenarverhandlung — abgesehen von den Scharfmachern im Lager der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei — der

### Kampf gegen die Sozialpolitik wesentlich gedämpft

geführt wird, als hinter den Türen der Reichstagsausschüsse. Gerade darum aber bleibt immer wieder die Vorarbeit in den Ausschüssen die Voraussetzung für soziale Erfolge im Reichstagsplenum. Hätte die Sozialdemokratie nicht auch diesmal die Sozialreaktion bereits im Ausschuß überwunden, so hätte sich auch im Plenum eine bürgerliche Mehrheit mit Freuden einem negativen Ausschußergebnis angeschlossen. In dieser Ausschußarbeit liegt die große positive Gestaltung des sozialen Fortschritts durch die Sozialdemokratie. Die Angestellten und Arbeiter müssen daraus erkennen, welche Kleinarbeit und Kraftanstrengung unserer Partei auch jedem im Plenum des Reichstags sichtbar werdenden Teilerfolg vorausgegangen ist. Hier steht der politische Agitation der Kommunisten die soziale Konstruktion der Sozialdemokratie gegenüber, die allein den Ehrennamen einer echten Arbeiterpartei zu verleißen vermag.

A. Aufhäuser.

# Notwehr der Republik.

## Schutzgesetz im Ausschuß.

Im Strafgesetzesauschuß des Reichstags, der das Gesetz zum Schutz der Republik berät, fragte Abg. Hergt (Dnat.), zu welchem Zwecke der Reichsinnenminister eine Denkschrift vorgelegt habe.

Abg. Alexander (Komm.) fordert die Vorlage von Statistiken über die Handhabung des früheren Republiksschutzgesetzes.

Abg. Everling (Dnat.) wendet sich gegen das ganze Gesetz, das nur zur Vergiftung des politischen Lebens diene. Die Republik kämpfe rücksichtslos gegen ihre Gegner mit Stropferfolg. (Abg. Landsberg: „Anderg als sonst in Menschenstößen, malt sich in diesem Kopf die Welt!“ Heiterkeit.) Mit dem Gesetz solle die Opposition erledigt werden. Das bedeutet das Ende des Parlamentarismus und die Diktatur des Reichsinnenministers.

### Reichsinnenminister Severing:

Die Unterstellung, daß er mit der Denkschrift den Ausschuß überrumpeln wolle, weise er zurück. Er habe mit den dort aufgeführten Fällen vor das Plenum gehen wollen, sei aber durch die Störungen der Kommunisten daran gehindert worden. Die Denkschrift diene zur Klärung der heutigen politischen Zustände. Ein Teil der Fälle sei angeführt worden, um darzutun, daß der Fall des früheren Republiksschutzgesetzes Ausschreitungen zur Folge gehabt habe, besonders Beschimpfungen der Symbol des Reiches. Die Deutschnationalen Partei habe 1927 die Verlängerung des Gesetzes gebilligt. Graf Westarp habe damals sogar ausdrücklich anerkannt, daß das junge Staatswesen der Strafwissenschaft bedürfe.

Er habe nicht die Absicht, durch die dem Ausschuß vorgelegte Denkschrift die Öffentlichkeit irreführen. Die Öffentlichkeit wolle längst, daß das

### politische Leben in Deutschland so verwildert

sei, daß ein Gesetz zum Schutz der Republik notwendig ist. Auch die „Kölnische Zeitung“ habe unter dem stichen Eindruck der Bombenattentate die Wiederherstellung der früheren Bestimmungen zum Schutz der Republik gefordert. Das deutsche Volk habe den Kapp-Putsch von rechts und den mitteldeutschen Aufstand von links, den Kärntner Putsch von rechts und den Hamburger Aufstand von links erlebt. Wenn auch ähnliche Zustände wie 1923 nicht mehr vorgekommen seien, so müsse doch in Betracht gezogen werden, daß es die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der damaligen Zeit waren, die die Unruhen ermöglicht haben, und daß auch heute wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht ausgeschlossen sind. Gerade die Deutschnationalen sprechen von einer Dawes- und Young-Krisis. Da muß die Regierung voranschauende Politik treiben. Er als Minister sei selbst der Meinung, daß die Annahme des Young-Plans dem deutschen Volke Ruhe bringe und das Republiksschutzgesetz überflüssig machen werde. Aber nicht nur die Nationalsozialisten, sondern auch die kommunistischen Parteien wollen in Zeichen wirtschaftlicher Schwierigkeiten den heutigen Staat überrennen. Da sei es doch besser vorzubeugen. Den verheerenden Einfluß der Nationalsozialisten können wir auf ein geringes Maß zurückführen, wenn diejenigen nationalsozialistischen Zeitungen verboten werden, die sich durch besonders häßliche Sprache auszeichnen. Er habe nicht die Absicht, die kommunistische Partei zu verbieten. Aber ihre Zeitungen führten manchmal eine Sprache, die sich ein auf Selbsterhaltung bedachtes Staatswesen

nicht gefallen lassen könne. Er wolle nicht fragen, was in München geschehen würde, falls dort ein oppositionelles Blatt, wenn es überhaupt bestehen dürfte, auch nur im entferntesten mit der Schärfe kritisieren könne, wie es die kommunistischen Zeitungen in Deutschland täglich tun. Die Nationalsozialisten andererseits führten in ihren Versammlungen eine Sprache, daß es nicht verwunderlich sei, wenn die

### Versammlungsteilnehmer sich hinterher zu Gewalttätigkeiten

hinreißen ließen. Das Republiksschutzgesetz ist noch nicht zu erheben. Gewiß geben auch das Allgemeine Preussische Landrecht und Artikel 48 der Reichsverfassung der Regierung Möglichkeiten, Schutzmaßnahmen zu treffen. Aber bei Anwendung dieser Strafbestimmungen würde in den verschiedenen Ländern ein verschiedenes Recht zur Anwendung kommen, und das liegt nicht im Interesse des Allgemeinen Rechts und der staatsbürgerlichen Sicherheit. Auch die Oppositionellen sollten von ihrem Standpunkt gegenüber dem Artikel 48 der Reichsverfassung das vorliegende Gesetz für das kleinere Übel betrachten. Wenn nur gelegentliche Ausschreitungen vorkämen, würde er seinen Finger rühren, um das Gesetz zustande zu bringen. Es sei aber ein bestimmtes System der Verhütung festzustellen, dem jede Regierung entgegenzutreten müsse, die nicht pflichtvergessen sei. Solange er auf seinem Platz stehe, werde er nicht säumen, der Republik die Rechtsmittel zu verschaffen, deren sie bedarf. Ein Rechtsstaat könne sich den heutigen Zustand, wie er nach dem Fall des Republiksschutzgesetzes eingetreten sei, nicht gefallen lassen.

Abg. Hanemann (Dnat.) kritisiert den Gesetzentwurf, dessen Strafandrohungen teils überflüssig seien, teils gegen die Verfassung verstoßen.

Deutschnational-kommunistische Anträge auf Vorlegung von allerlei Material, offenbar zur Verzögerung der Verhandlungen bestimmt, werden gegen Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt. Die Fortsetzung der Beratung wurde auf heute vertagt.

## Deutscher Rückgang in Ostoberschlesien.

### Das Ergebnis der Kommunalwahlen.

Kattowitz, 10. Dezember.

Bei den Kommunalwahlen in Ostoberschlesien haben nach dem jetzt vorliegenden endgültigen Ergebnis im Wahlkreis Kattowitz die Regierungsparteien 43 Mandate erhalten, die polnischen Oppositionsparteien 44 und die deutschen Listen 15 (im Jahre 1926 hatten die deutschen Listen insgesamt 24 Mandate erhalten). Wahlkreis Schwientochowitz: Regierungspartei 48 Mandate, polnische Oppositionspartei 71, deutsche Listen 68 (1926 hatten die deutschen Listen 111 Mandate erhalten). Wahlkreis Tarnowitz: Regierungspartei 127, polnische Oppositionspartei 20, deutsche Listen 9 (1926 deutsche Listen 25). Wahlkreis Rybnitz: Regierungspartei 62, Wirtschafts- und Kulturbund (eine Gegenorganisation des deutschen Volksbundes) 2, polnische Oppositionspartei 169 deutsche Listen 30 (1926 deutsche Listen 101). Wahlkreis Pösch: Regierungspartei 551, polnische Opposition 376, deutsch-polnische Listen 5 und deutsche Listen 70 Mandate (1926 deutsche Listen 73). Insgesamt haben die deutschen Listen gegen 1926 17 000 Stimmen verloren.

## Die Arbeiter rücken ab. Weitere Austritte aus der Hugenberg-Partei.

Die deutschnationalen Vertreter aus der christlichen Gewerkschafts- und evangelischen Arbeiterbewegung Baltrusch, Mitglied des Reichsuntersuchungsrats, Rudolph, Thranert, Bium, Adolph veröffentlichen folgende Erklärung:

„Die katastrophale Entwicklung, die die Deutsch-nationale Volkspartei unter der Führung ihres derzeitigen Vorsitzenden, Geh. Rat Hugenberg, genommen hat, insbesondere das Vorgehen gegenüber unseren Freunden Hartwig, Lambach und Hüffer veranlaßt auch uns, das Band zwischen uns und der Partei zu zerschneiden. Es erscheint uns für Christen und sozialdenkende Menschen unmöglich, dieser Partei noch länger Gefolgschaft zu leisten. Wir haben uns ehestig um die Durchsetzung einer Volksgemeinschaft in und durch die Partei bemüht; es war umsonst. Nun ist die Bahn frei für eine deutsche christliche und soziale Bewegung aus den breiten Schichten des Volkes heraus.“

### Lambach fordert zum Kampf auf.

In der Deutschen Handelswocht, der Zeitschrift des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes äußert sich der Reichstags-abgeordnete Lambach ausführlich über die Gründe seines Aus-tritts aus der Deutschnationalen Volkspartei. In Zusammenfassung seiner Stellungnahme erklärt Lambach schließlich:

„Der Kasseler Parteitag hat gezeigt, daß die Deutsch-nationale Volkspartei heute ein Instrument in der Hand Hugenberg's ist. Die Zahl der Wahlkreise und Ortsgruppen, die die alte christlich-nationale und soziale Tradition hochhalten, geht ständig zurück. Fluchtartig verlassen seit Jahresfrist die sozial ge-sonnenen und staatspolitisch eingestellten Elemente die Partei dieses Führers. Unsere Kollegen und meine politischen Freunde im Lande stehen vor der Aufgabe, in den Parteigruppen, in denen sie wirken, den Kampf um das Recht auf freie Meinungsäußerung und Hindenburglinie sich bewegendem Politik zu kämpfen. Ich habe das Vertrauen, daß sie überall, wo sie im deutschnationalen Parteilieben stehen, in diesem Sinne vorstehen und von den Parteigliederungen, denen sie angehören, eine klare Ent-scheidung fordern werden. Es wird sich zeigen, daß sie in diesem Kampf nicht einsam bleiben, sondern weite Kreise zu sich herüberziehen. Für diesen Kampf gilt die Parole: Nicht Hugenberg, sondern Hindenburg.“

### Die Landesverbände beschließen.

Die Landesvertretung der Deutschnationalen Volkspartei für Hessen-Nassau nahm in Kassel in Anwesenheit von Lindener-Wildau, wie II. meldet, mit 103 gegen 6 Stimmen eine Ent-scheidung an, in der sie den Austritt des Reichstagsabgeordneten von Lindener-Wildau aus der deutschnationalen Fraktion behauptet und mißbilligt. Sie erwartet, daß Herr von Lindener-Wildau die Fraktionsgemeinschaft wiederherstellt; andernfalls ver-langt sie von ihm, daß er sein Mandat niederlegt.“

## Kampf um den Schweizer Bundesrat. Freisinnige gegen Sozialdemokraten.

Bern, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Aussichten der sozialdemokratischen Bun-desratskandidatur gestalten sich immer schlechter. Die frei-sinnige Parlamentsfraktion hat sich inzwischen entgegen dem Wunsch des freisinnigen Parteivorstandes gegen den sozial-demokratischen Züricher Kandidaten und für den Kandidaten der Bauernpartei in Bern ausgesprochen. Für Zürich hat sie den bei den übrigen bürgerlichen Parteien un-bezweifelten Nationalrat Wettstein als Kandidaten aufgestellt. Es scheint aber noch den konservativen Pressestimmen, daß die Konser-vativen der Kandidatur Wettstein ihre Stimme nicht geben werden, und es ist sogar zweifelhaft, ob die freisinnigen Abgeordneten der Westschweiz, die sich wiederholt gegen eine Kandidatur Wettstein ausgesprochen, Wettstein wählen werden. Die Lage wird weiter da-durch kompliziert, daß die Bundesversammlung zugleich mit den beiden Bundesräten den Nachfolger des vor einigen Tagen verstorbenen sozialdemokratischen Bundesrichters Zraggen wählen muß. Die Sozialdemokratie hat sich nach nicht entschieden, ob sie ihren Anspruch auf diesen Bundesrichter-stuhl aufrechterhalten will oder eine andere geeignete Kandidatur unter-stützen wird.

Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß sich die Gegner der Kandidatur Wettstein bei der Befehung sowohl des Züricher Bundes-ratspostens wie des Bundesrichterpostens einigen, um endlich den Wankansprüchen des Freisinn, die durchaus nicht mehr der Miß-trauenszahl und der Wählerschaft dieser Partei entsprechen, ein ge-meinames Halt entgegenzusetzen. Auf jeden Fall haben die wider-sprechenden und willkürlichen Beschlüsse des Freisinn eine außer-ge-spannte Lage geschaffen.

## Schwierige Krisenlösung in Polen. Der Staatspräsident verhandelt.

Warschau, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Lösung der polnischen Kabinettskrise wird vor-aussichtlich noch längere Zeit auf sich warten lassen. Am Dien-stag hatte der Staatspräsident Pilski Unterredungen mit den Führern der drei größten Parteien des polnischen Parlamentes: des Regierungsbündes, der polnischen Sozialisten und der radikalsten Bauernpartei „Bismolanie“. Die Führer der anderen Parteien sollen am Mittwoch bzw. Donnerstag gehört wer-den. Der Staatspräsident hofft so, wie es in einem Kommuniqué seiner Kanzlei heißt, den Weg zu einer Lösung der gegenwärtigen Krise zu finden.

## Kindermord in Breslau.

Sittlichkeitsverbrechen an einem fünfjährigen Mädchen.

Breslau, 10. Dezember.

Am 8. Dezember war in dem Keller ihres elterlichen Hauses die Leiche der fünfjährigen Gerda Thiemt mit starken Brandwunden aufgefunden worden. Man nahm an, daß das Mädchen mit Streichhölzern gespielt, dabei seine Kleider in Brand gesetzt und so den Tod gefunden habe. Wie die Untersuchung aber ergeben hat, ist an dem Kinde ein Sittlichkeitsver-brechen verübt worden und der Tod ist wahrscheinlich durch Ersticken eingetreten. Die Brandverletzungen sind erst nach dem Tode des Kindes verursacht worden. Der Regierungspräsident hat auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

## Prozeß Stolberg.



Schmutzige Wäsche wurde in diesem Prozeß genug ausgebreitet. Aber wird man unter diesem sinkenden Haufen die Wahrheit finden?

## Verfassungsreform in Oesterreich.

Von Karl Renner.

Wien, 10. Dezember.

Der Bundesrat hat heute das am Sonnabend vom Nationalrat beschlossene Verfassungsgesetz einstimmig endgültig verabschiedet.

Freund und Feind ist es wohl gleich schwer verständlich zu machen, was in Oesterreich soeben vor sich gegangen ist. Als Ergebnis stürmischer Parteitkämpfe, die zeitweise zum Bürgerkrieg auszu-arten drohten, ist letzten Sonnabend eine umfangreiche Verfassungs-änderung so vollzogen worden, daß die sämtlichen Bestimmungen derselben völlig einstimmig beschlossen sind. Es dürfte kaum ein Land geben, dessen Verfassungsartikel im Parlament auf keine Stimme Opposition gestoßen sind. Allerdings hat eine einfache Mehrheit von 99 gegen 71 Stimmen in einer Reihe von Punkten (etwa 20) reaktionäre Resierungen angestrebt, aber, da die sozial-demokratische Fraktion sie geschlossen ablehnte und die erforderliche Zweidrittelmehrheit (106 bis 108 Stimmen) somit nicht zustande kam, dem Willen der Minderheit sich ruhig gefügt. Auf daß die bürger-liche Mehrheit diese — allerdings gesetzlich gebotene — Duldung vor den geschlossenen Heimwehrcorps leichter zu rechtfertigen vermöge, hat die sozialdemokratische Minderheit in allen anderen Punkten mit der Mehrheit gestimmt und so die Einstimmigkeit hervorgebracht.

Beide Parlamentsgruppen, Mehrheit und Minderheit, büßen die Noelle als ihren Erfolg! Ein außerordentlicher Tatbestand.

Die österreichische Republik, wie sie 1918 bis 1920 begründet und in der Verfassung vom Oktober 1920 geordnet worden ist, war ganz überwiegend das Werk der Sozialdemokratie. Die Verfassung von 1920 war anders als jene von Weimar geworden: Die Weimarer Koalition hatte vom ersten Tage eine breitere Grundlage als die Wiener, sie umfaßte durch Zentrum und Demokraten einen großen Teil des Bürgertums, so seinen fortgeschrittensten Teil, mit Wien und die Alpenländer hatten niemals eine wirklich politisch geschulte und aktive Bourgeoisie befaßt, der Antisemitismus hatte sie gespalten und geistig völlig verblödet. Die Wiener Verfassung war ge-macht von Arbeitern und Bauern und der Bourgeoisie ließ sie über sich ergehen wie ein Fetters. Das ist mit ein Grund dafür, daß sie eine reinere Form der parlamentarischen Demokratie und des Länderföderalismus darstellt als die Weimarer Verfassung. Im Parlament sind die Rechte der Minderheit, im Staatsganzen die Vorbehalte der Länder stark gesichert, weshalb denn auch die Mehr-heit im Grunde zwar regiert, aber nicht gerade herrscht, die Zentral-gewalt der Regierung aber wenig über die Länder vermag. Darum haben auch neun Jahre der Regierung die eigentliche Bourgeoisie und ihren intellektuellen Anhang nicht mit der Republik veröhnt. Dazu kam noch, daß der österreichische Bourgeois, gewohnt die Politik dem Kaiser und seinen Beamten anzuvertrauen,

die Führung seiner politischen Parteien jumeist Leuten triffen und letzten Grades überlassen hatte.

Die weder die Schulung des Geistes noch die Zuverlässig-keit des Charakters befaßen, ein Staatswesen unter eigener Verantwortung zu führen. Die parlamentarische Demokratie zwang ihnen geradezu das Staatsruhr in die Hand — sie waren dazu nicht vorbereitet und machten, oft auch unerschuldet — eine schlechte Figur. Die Bankenstandale, die noch in Erinnerung sind, brachten den Parlamentarismus und die bürgerlichen Parteiführer bei der großen Bourgeoisie wie bei der bürgerlichen Intelligenz in tiefsten Mißkredit. Waren die Banken-standale das Ungemach der Rechten, so

der 15. Juli das Verhängnis der Linken.

Der Bourgeois glaubte zu erkennen, daß die sozialdemokratische Führung verlagert, daß sie nicht leide, sondern sich von den hintersten Instanzen verantwortungsloser Gruppen leiten lasse. Der Brand des Justizpalastes verfehrte die Bourgeoisie in maßlose Angst und veranlaßte sie — Großindustrielle und Intellektuelle voran —, die schon lange vorher bestandenen wenig beachteten Heimwehren zu einer Privatarmee zu formieren und sie mit der faschistischen Ideologie zu erfüllen: Rechte und Linke des Parlamentes, das Parteiwesen, der Parlamentarismus (schlechthin sind von Uebel; wir brauchen eine vom Volke unabhängige, vom Länderparlamentarismus unbedrängte Zentralgewalt. Wenn schon eine Ver-tretung, so bloß eine ständische! Wenn ein Land, wie das sozia-listische Wien, dann lieber kein Land und kein Föderalismus!

Ohne Bankenstandale und ohne 15. Juli wäre der Faschismus niemals so mächtig geworden! — Die Sozialdemokratie hat in einem harten Kampf zweier Jahre, vielfach mit dem stillen Heldentum disziplinierter Gebild, die Herausforderungen der Heimwehren von

sich abgewiesen und jedermann klar gemacht, daß sie sich nicht mit Gewalt überrennen lasse. Je klarer dies den Heimwehrcorps wurde, um so grimmiger wandten sie sich

gegen die bürgerlichen Parteiführer: Diese, nicht die sozial-demokratischen Vertrauensmänner, hatten die Heimweh-agitation bei Bürgern und Bauern entworfen.

Sie hielten nunmehr die Feigen, Schwächlinge, die unfähigen Krieger! Die drohende Auflösung der bürgerlichen Parteien, die Erhebung der Männer, die doch wenigstens eine zehnjährige Erfahrung und parlamentarische Schulung hinter sich hatten, durch unwissende, ver-antwortungslose Gewalttäter, das war die Gefahr, die drohte.

Selbst — der Parteimann müßte sich eher freuen über die Auflösung der Gegenpartei! Und doch! Die Arbeiterpartei hat in Oesterreich beinahe ihr klassenmäßiges Reservoir ausgeschöpft, sie kann in absehbarer Zeit nicht leicht die Mehrheit bekommen und allein regieren: Die Republik aber muß, soll sie be- stehen, auch republikanisch regiert werden!

Die Beschlingungen des politischen Kräftefeldes in einer einzi-gartigen politischen Lage sind unberechenbar. Die bürgerlichen Par-teien haben, um dem Ansturm von eigenen Lagen zu trotzen, kein Ver-stand gehabt, die Heimwehren auf den parlamentarischen Boden zu verweisen: Dort würde eine verstärkte Zentralgewalt und eine Par-lamentsreform geschaffen werden. Sie stöhnten die Heim-wehrcorps in Verfassungsparagraphen und warfen den Mist auf den Tisch des Hauses — zunächst auf gut Glück! Sie machten den Polizeipräsidenten, jenen, der am 15. Juni hatte schießen lassen, zum Kanzler, um selbst nicht an der Macht zu „leben“. Sie verhandelten nicht — sie ließen den Kanzler verhandeln, den Mann, den die Sozialdemokraten vom 15. Juli her hassen mußten — was will die Heimwehr mehr?

Die Partei verhandelte. Ein Mann allein, Robert Danne-berg, führte diese Verhandlungen mit unerbittlicher Ausdauer und außerordentlichem Geschick. Die Plattform aber, auf der wir in die Verhandlungen eintraten, war einfach: Eine Stärkung der Exekutiv-e — zugegeben; sie ist bei der allösterreichischen Schlamperei und Völligkeit auch dem Proletariat nicht von Nachteil und läßt sich nach dem 15. Juli nicht mit Erfolg ablehnen. Eine Par-laments-reform — zugegeben! Sofern sie nur nicht die Grundrechte der Demokratie beeinträchtigt! Eine verschärfte Kontrolle durch den Rechnungshof — zugegeben; sie läßt sich nach den Bankenstandalen nicht zurückweisen! Das also könnt ihr haben —

nicht aber Ausnahmezustand, Preßzensur, Befestigung der Geschworenen und all die Stebensachen, die die Heimwehr-generäle fordern. Diese 20 Punkte lehnen wir ab!

Und so haben wir den Erfolg, den Anschlag auf die Demokratie vereitelt zu haben, die bürgerlichen Parteien haben den Erfolg, die sogenannte parlamentarische durch die joga-nannte Präsidialrepublik ersetzt zu haben! Ein Bundespräsident wird vom Volk gewählt werden wie in Deutschland, er wird die Regierungen berufen wie in Deutsch-land und kann also Parlamentarier oder Bürokratier oder Außen-seiter berufen — die Regierung muß jedenfalls sofort das Vertrauen des Hauses suchen. Der Bundespräsident gebietet über Bürokratie und Heer, ein bürokratischer Rechnungshof kontrolliert die Selbst-verwaltung. Der Verfassungsgerichtshof wird bureaukratisiert — man nennt das bei uns „entpolitisiert“. Der parlamentarischen Minderheit wird die Dissolution erschwert. In Summa: Die bürger-liche Mehrheit begibt sich des Vorrachts, die Regierung zu stellen, zugunsten des Präsidenten, die Minderheit verzichtet auf das bestreit-bare Recht auf Obstruktion, die Länder und Gemeinden — auch Wien — unterstellen sich der Kontrolle des Rechnungshofes. Aber die Rechtsstellung Wiens bleibt aufrecht, die Volkrechte bleiben unangetastet.

Das Parlament jedoch — Mehrheit und Minderheit — haben durch Vollendung des Werkes in sechs Wochen die Lebenskraft des Parlamentes und der Republik unumwiderrlich erwiesen und

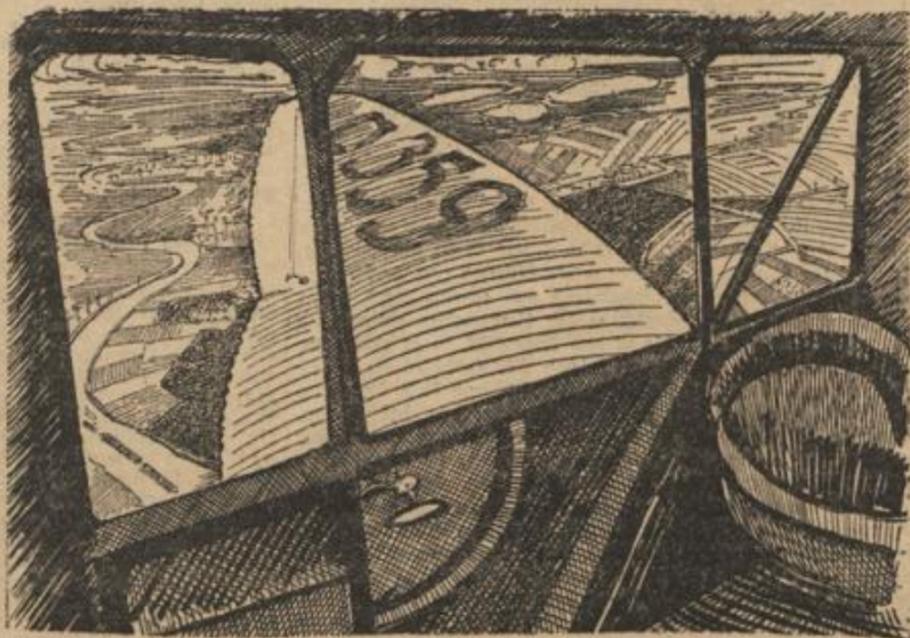
den Heimwehren ihre moralische Waffe aus den Händen geschlagen!

Der Bourgeois, an die bürokratische Regierungsweise gewöhnt, erlebt die Genugtuung, selbst auf die Verfassung Einfluß genommen zu haben, die Republik sozusagen auch als die feine zu betrachten. Dieser sein Gewinn macht die Arbeiterklasse nicht ärmer. Sie gewinnt ihrerseits dadurch die Hoffnung, daß dieser Schritt zur Befriedung des Landes die jammervolle Wirtschaftslage bessere und die erschrecklich anwachsende Arbeitslosigkeit mindere. Mehr Brot ist wieder mehr Recht! Die Zeit wird lehren, daß die nicht gerade erschütternden Opfer dieses Kampfes nicht ver-gewens gebracht sind.



# Mit dem „Sturmvogel“.

Ein klarer, sonniger Novembertag. Der Start ist auf 11 Uhr festgelegt, aber es wird 3 Uhr nachmittags, bis die Monteurs endlich die Finger vom Rotor lassen. D 359 rollt aus der Halle zum Startplatz. Von Ru hat man es sich in den Federseilen der Kabine bequem gemacht, schon springt der Rotor an — noch rasch Abschied gewinkt, da schwebt man schon über dem Flugplatz. Die Welt bekommt Weiße, bekommt Farbe, rundet sich in seltsamer Harmonie rings an den Horizont, der in seiner Verschwommenheit unendliche Fernen ahnen läßt. Durch die beiden Fenster geradewegs sind die Köpfe des Piloten und des neben ihm sitzenden Monteurs sichtbar. Wie zwei junge Adler dom Hort äugen sie auf die Welt da unten. In Hand der Karte verfolgen sie den Weg nach Südwesten. Das einläufige Surren des Propellers gibt das Gefühl wohlthuerender Beruhigung. Durch das dreiteilige Kabinenfenster blinzelt der Silberkugel mit dem D 359 an seinem Ende. Dann steht man noch ein Stündchen vom Seitenflurer und tief unten ein Stückchen Deutschland: dunkelgrüne Nieserwälder, dazwischen Buchen und Birken im leuchtend gelben und roten Herbstkleid. Seltne Seen, in denen sich die Wolken spiegeln. In immer neuen, reizvollen Zusammenstellungen braune und grüne Felderstreifen. Wasserläufe in bläulicher Helligkeit. Chaussees, auf denen winzige Autos trabeln. Miniaturbahnen, deren Lokomotiven mit der weißen Rauchfahne immer weiter zurückbleiben. Verträumte Dörfer und mächtige Industrieanlagen, in deren Umgebung die Erde eine schwärzliche Färbung bekommen hat und ein zerrissenes und zerfurchtes Gesicht zeigt. Kann man von der geographischen und geologischen Struktur eines Landes einen anschaulicheren Begriff bekommen als von der Höhe des Flugzeugs herab? Wie ein weites, reich geschnürtes Mantel liegt die Erde da unten, kein Fältchen bleibt verborgen, und der grandiose weite Horizont umschließt das Bild mit dem Rahmen der Unendlichkeit.



Ein Blick durch die Kabinenfenster.

Auf einmal das Häusermeer einer Stadt mit Türmen und Schornsteinen! Wir sind über Leipzig, aus dem der neue 155 Meter hohe Riesen-Schornstein der Elektrizitätswerke heraustritt. D 359 nähert sich in großen Schritten dem Flugplatz Leipzig-Mockau. Aus dem schräg liegenden Flugzeug taucht der Blick noch einmal in die lustig bunte Welt da draußen, die sich terrassenartig aufbaut. Dann gleitet der große Vogel mit abgestelltem Rotor gerade auf die Buchstaben „Leipzig“ las, die aus grauem Steingewirte heraustragen. Gleich darauf hat man wieder festen Boden unter den Füßen und wird von den kläglich Sturmvogelameroden der Leipziger Ortsgruppe lebhaft begrüßt. Ein leichter Rotorstaden ist rasch behoben, leicht und glatt geht der Start vor sich. In zwanzig Minuten hofft man die 73 Kilometer lange Strecke nach Gera zu bewältigen. Schon zwischen die mächtigen Schornsteinfrieden der Leunawerke bei Rerfshurg zu rechter Hand auf. Am Horizont blassen sich graublau Abendwolken und überziehen langsam den ganzen Himmel, nur im Westen ein Loch für die untergehende Sonne offen lassend. Mühen wir nicht schon über Gera sein? Da erscheinen wieder die Leunawerke, aber diesmal zur Linken.

Pföhllich wieder eine Stadt mit langen, funkelnden Strohzügen, mit Lichtreklame aller Art — sollte das Gera sein? Gera ist eine große Stadt. Edel senkt sich D 359 mit grünblauen Flammenblühen über dem Auspuff, wenige Meter an einem Schornstein vorbei, auf den dunklen, unbelaubten Flugplatz hinunter. Dieselben Hallen und Anlagen. Sind denn die Flughäfen in Sachsen und Thüringen alle gleich? Da reißt auch schon der Pilot die Kabinentür auf. Er ist nach Leipzig zurückgeflogen, denn eine Verbindung auf dem unbekanntem Flugplatz in Gera schien ihm bei der Dunkelheit zu riskant.

## Die Todesfahrt der Arbeiter.

Ursache der Katastrophe bei Ramur: Versagen der Bremse?

Ramur, 10. Dezember.

Zu dem bereits gemeldeten Eisenbahnunglück werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt: In dem Augenblick, wo der Arbeiterzug Brüssel—Krisn, der die erste Station um 5,42 Uhr verlassen hatte, aus dem Bahnhof Gembloux ausfuhr, versagten die Bremsen der Lokomotive. Der Zug rollte dann die von Gembloux nach Ramur abfallende Strecke mit einer zunehmenden Geschwindigkeit hinunter, besonders auf der stark abschüssigen Stelle zwischen Rismes und Ramur. Er erreichte in einer rasenden Schnelligkeit die Einfahrt des Bahnhofes Ramur, wo infolge der zahlreichen Weichen und Kurven die Lokomotive umfiel und die ersten drei Wagen, die gänzlich zertrümmert wurden, mit sich rief. Die anderen Wagen des Zuges blieben stehen. Amlich werden jetzt

11 Tote gemeldet. Nach einer anderen Meldung soll die Zahl der Toten auf achtzehn angewachsen sein. Die Zahl der Verletzten wird auf 75 geschätzt, von denen ungefähr 30 als Leichtverletzte zu rechnen sind.

Zu dem schweren Eisenbahnunglück in Ramur wird noch ergänzend gemeldet, daß die wartenden Reisenden auf dem Bahnsteig Zeugen des furchtbaren Unglücks waren. Personen, die in dem ankommenden Zug Verwandte erwarteten, gerieten natürlich in ungeheure Erregung, die sich dem ganzen Publikum mitteilte. Unter den Toten befindet sich auch der Heizer der umgestürzten Maschine. Augenblicklich weilt eine Gerichts- und eine technische Kommission der Eisenbahngesellschaft an der Unfallstelle. Das Lokomotivpersonal soll keinerlei Schuld an dem Unglück haben.

Die Ursache des Unglücks ist noch immer nicht aufgeklärt. Gegenüber der oben wiedergegebenen Meldung, wonach die Bremsen ausgefallen, soll nach einer anderen Version die Entgleisung durch das Versagen einer selbsttätigen Weiche herbeigeführt worden sein.

## Riesenseuer im Filmatelier.

Fünf Männer, vier Frauen verbrannt.

New York, 10. Dezember.

Am Dienstag vormittag brach in den Aufnahmestuben der Manhattan-Film-Company, wo ein Pathé-Tonfilm gedreht wurde, plötzlich ein Riesenseuer aus, das mit ungeheurer Schnelligkeit um sich griff, da es an Filmstreifen und Papierballen reichlich Nahrung fand. Fünf Männer und vier Frauen verbrannten, während viele andere Personen schwer verletzt wurden, da sie aus den Fenstern springen mußten, um sich zu retten. Wegen der starken Rauchentwicklung konnte niemand das Filmatelier durch das Treppenhaus verlassen. Die Riesenhitze verzögerte die Löscharbeiten. Man vermutet, daß sich unter den Trümmern noch weitere Opfer befinden. Eine vieltausendköpfige Menge hatte sich an der Brandstelle eingefunden.

## Abflauen des Sturmes im Nordseegebiet.

Sturmschäden im Mittelrheingebiet.

Hamburg, 10. Dezember.

Der starke Sturm, der im Nordseebestengebiet in der vergangenen Nacht noch bis zur Windstärke 12 aufschwoh und den Schiffsverkehr bei Cuxhaven völlig zum Stillstand gebracht hatte, hat am Dienstagmorgen stark nachgelassen, so daß die Schifffahrt wieder in Gang gekommen ist. Die auf der Unterelbe vor Anker gelegenen Schiffe haben jetzt größtenteils ihre Ausfahrt fortgesetzt. Auch sind von See bis mittag bereits 45 Schiffe aller Größen in den Hamburger Hafen eingelaufen.

Nachen, 10. Dezember.

Im gesamten Mittelrheingebiet und der Westmark wurde durch den heftigen Sturm in der Sonnennacht, am Montag und in der Nacht zum Dienstag großer Schaden angerichtet. Aus allen Orten kommen Meldungen über erhebliche Sturmschäden. Auch der Eisenbahnbetrieb bei Nachen erlitt starke Verzögerung.

Die neue Stadtverordnetenversammlung tritt am Donnerstag um 18 Uhr zusammen. Bürgermeister Scholz wird die Einführung der Stadtverordnungen vorziehen. Alterspräsident der Versammlung ist unter Genosse Tempel.

**Dannats**  
Roman von **Kwanheilbut**

181

„Ich will,“ ruft sie, „daß du mich auch liebtest, selbst wenn ich meine Freundin Esther wäre, Christine Rubin, meine jüdische Freundin, wie du sie nennst.“

„Aber dann wärest du doch eben nicht du,“ sagt er beinahe lachend wegen ihres Unverständnis, „dann wärest du doch eben nicht Christine Gast, und liebtest mich nicht.“

„Und wenn ich dich liebte, trotzdem! trotzdem!“

„Dann liebtest du mich anders. Und ich liebte dich nicht.“

Schweigen. Nur der Sturm durch die Bäume.

„Und wenn du mich trotzdem liebtest! trotzdem!“

„Wie du dich um nichts ereiferst,“ sagte er, „Christine! Ich liebte Esther Rubin eben nicht. Aber still doch davon,“ unterbricht er sich.

„Rein — wenn aber Esther Rubin dich liebte, und du liebtest sie —“

„Ich sage dir ja. Uebrigens,“ fällt ihm ein und er lacht, „was würdest du selber dazu wohl sagen? — Na, Christine?“

„Ich bin Esther Rubin und ich liebe dich!“ ruft sie schrill. Sie stehen nebeneinander, stumm.

Der Regen fängt an, die Kinder im Dunkel bewegen sich dichter noch gegeneinander.

„Wer —?“ fragt Hans.

„Ich.“

„Wer — bist du?“

„Esther.“

„Fieber, Christine. Wir müssen nach Hause. Komm mit, du bist krank.“ Er geht normwärts und führt sie.

„Wie machst du mir schwer, die Wahrheit zu sagen!“ Sie steht wieder still. „Christine ist meine Freundin gewesen, ihre Eltern, nicht meine, leben drüben in Amerika. Als ich dich sah, Hans, da liebte ich dich. Damit du mich solltest kennen lernen, eh du mich wegen meines Namens perwerfen konntest. hab ich mir ihren Namen geliehen und später hat sie ihn mir geschenkt. Aber jetzt will ich ihn nicht mehr tragen, nicht länger, keine Heimlichkeit soll mehr zwischen uns sein. Hans!“

Schreit sie, denn sie sieht vom Blig sein Gesicht, „es ist nur

ein Name, ja nichts als ein Name, du nennst mich Christine, morgen wie heute, wir lachen darüber, ja, wir lachen, nur daß du es weißt, und die Wahrheit weißt.“

Sie will ihre Arme um ihn werfen, an seine Brust ihre Stirn pressen — aber er weicht zurück. Aus der Ferne kommt Donner. Sie sieht seine Lippe abwärtszucken — sie hört seine Stimme, beherrscht:

„Und das Kind? Ist das Kind — mein Kind?“

„Unser Kind!“ schreit sie auf. Die Blitze fahren. Er wendet sich weg, mit einem Ruck, und geht in die Nacht.

„Zwei Menschen,“ ruft sie und sieht ihn nicht mehr, „du... höre, du... du... Zwei Menschen, die so miteinander geliebt haben wie wir, denk an unser Kind, die können doch, du... nicht so auseinandergehen... Wo bist du? Hans! — Hans!“

Aber es scheint, als ob sie doch so auseinandergehen, zwei Menschen. Als Esther Rubin nach einigen Stunden wirren wütenden Wegs durch den Regen ins Gutshaus heimkam, schon in der Nacht, fand sie in ihrem Zimmer ein Bilet. Der Gutsbesitzer teilte ihr mit, Hans von Küster hätte das Gut verlassen.

Sie zählte das Geld in ihrem Täschchen. Bitterkeit stieg ihr vom Herzen auf. Sie raste ihre Sachen zusammen und verließ am nächsten Morgen sehr früh mit dem Berhüllten in den Armen das Gut. Beladen mit allem was sie besaß, wanderte sie den Weg zur Station.

Die Eltern Rubin erwarteten mit jedem Zug, den sie aus der Weite her pfeifen hörten. Ihre Tochter. Die beiden Alten waren schon lange miteinander allein. Ihre Tochter Rosine wohnte bei ihrem Mann, dem Fischhändler, in der Nähe des Hafens der kleinen Stadt. Der Viehhändler Jakob Rubin schlief wie gewohnt seinen guten Schlaf in der Nacht, aber die Mutter wachte. Sie mußte auch nachts nach den Zügen hinüberhorchen. Sie verließ leise das Bett, ging in die Stube hinüber, an's Fenster.

Einmal erwachte indessen ihr Mann.

„Wo bist du?“ rief er. Sie kam eilig zurück. Sie hatte zum offenen Fenster hinaus strahaufwärts in der Richtung zum Bahnhof gespäht. Die Nächte waren kühl, der Herbst kam heran.

„Dummes Zeug,“ schreibt Jakob Rubin, „sieh nachts nicht zum Fenster hinaus, sondern schlaf. Wenn Tannenbaum, Gott soll ihn strafen, die Wahrheit gesprochen hat, dann kann dein zum-Fenster-hinaussehen daran nichts mehr ändern.“

Aber die Mutter fuhr dennoch fort, nach den Zügen hinüberzuhorchen und strahaufwärts in der Richtung zum Bahnhof zu spähen, am Tage und auch nachts.

7.

Esther sah in der Eisenbahn, das Berhüllte im Arm. Wohin nun? Wohin nun?

Während die Räder sie vorwärts trugen, wurde sie von Müdigkeit mehr und mehr übermannt. Ohne den Glauben, daß ihr Weg der richtige sei, und nur, um zu irgendeinem Entschluß zu kommen, hatte sie auf der Station ein Bilet nach Berlin gelöst.

Sie schloß müde die Augen. Was konnte Christine ihr geben? Die alten Papiere, ja. — Und Magda? Sie war bestimmt dieselbe von früher. Der Gedanke an die mit ihrer Schwester verlebte Zeit in Berlin verursachte ihr Grel und Traurigkeit. Eine Träne fiel in die grauwollene Decke, in die gehüllt das Kind lag. Der Zug stampfte fort. Zu ihren Eltern, ja zu den Eltern wäre sie gerne gereist, in die Heimat. Und noch eine Träne fiel auf das Kind. Aber der Gedanke an ihre Mutter verließ sie nicht mehr, und sie dachte bei sich: Immerhin, das ist gut, daß ich gleichzeitig die Richtung zur Heimat fahre, nach Norden hinaus, das ist gut.

Als es Abend war, kam sie in Berlin an, dem Meer, das ihr unbarmherzig entgegenbrauste, wie jedem, der mit dünnen beladenen Armen gegen den Strom schwimmen muß.

Und was sie dann erlebte, geschah ihr gleichsam zum zweitenmal. Schon einmal, in ihrer Vorstellung nämlich, war sie den Weg durch die Stadt gegangen, eine dunkle, zirpende, nach Speisen riechende Treppe hinauf; schon einmal hatte Christine so müde und verzweifelt gelächelt, als sie um Unterkunft bat für das Kind. Nein, die Freundin konnte der Freundin nicht helfen. Und plötzlich dachte etwas in Esther: wie kann einem Menschen das Leben schwer sein, wenn er sich allein durch das Leben trägt, und nicht dies Berhüllte im Arm, das lebt... .

Zu Magda ging sie gar nicht hinaus. Sie mußte noch nicht, wie sie handeln würde. Mit dem Brief von den Eltern war Magda schon bei Christine gewesen. Und nun wurde für Esther die Ursache klar, die ihre Eltern bewegen hatte, sie zu rufen. Ja, der Behrer Tannenbaum! Aber den Behrer Tannenbaum des Irrtums zu überführen, in dem er sich ja tatsächlich befand, das sollte nicht schwer sein. Ein Plan wurde reif. Sie hatte die eigenen Papiere nun wieder, sie war wieder Esther Rubin. Man mußte abwarten, das wäre geraten, was die Eltern eigentlich wußten, was nicht. Aber wohin mit dem Kind? Abends ging sie zu Magda hinauf. Hoffnungslos wie sie gekommen war, verließ sie ihre Schwester.

Sie blieb in der Nacht mit dem Kind bei Christine. Am Morgen stand sie vom Sofa auf, das Sofa war verbeult und hart, sie hatte nicht geschlafen. (Fortsetzung folgt.)

# Fleischskandal in Stettin.

Fleisch von tuberkuloseverdächtigen Rindern im Handel.

Stettin, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Auf dem Stettiner Schlacht- und Viehhof sind umfangreiche Betrügereien aufgedeckt worden, durch die die Provinzialverwaltung von Pommern um viele Tausende von Mark geschädigt ist. Es handelt sich dabei um Schleichungen mit dem Fleisch und den Abfällen von tuberkuloseverdächtigen Rindern, die bekanntlich seit 1913 von den Provinzialverwaltungen übernommen und gesammelt an die Schlachthofverwaltung überwiesen werden.

Nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis ist der aus dem Verkauf gewonnene Fett- und Fleischmengen herausgeholt Gewinn in private Hände geflossen. Außerdem sollen Unregelmäßigkeiten bei der Verwertung der Häute vorgekommen sowie die von der Stadt zur Fütterung der Schlachttiere gelassenen Heu- und Strohmenge verschoben worden sein. Die Ermittlungen in der Angelegenheit sind noch in vollem Gange. Es ist noch nicht abzusehen, welchen Umfang die Missetaten annehmen wird. Augenblicklich arbeiten Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei Hand in Hand scharf, um in das Räuber- und Diebstahl-Netz der nach vielen Richtungen auseinanderlaufenden außerordentlich verworrenen Fäden Klarheit zu bringen.

Dabei ist unter anderem auch festgestellt worden, daß große Mengen von beunruhigendem (tuberkulosem) Fleisch nicht an die Abfederer abgeliefert, sondern auf Anregung des Schlachthofdirektors zum Verkauf gebracht worden sind. Außerdem soll auch tuberkuloses Fleisch in den Verkehr gebracht worden sein. Hietmit werden massenhafte Erkrankungen in den Rindermähter Anstalten (Bewehrungsanstalt für Geflügelkrankheiten) in Zusammenhang gebracht. Auf Grund der bisher festgestellten Vorkommnisse ist der Direktor des Schlacht- und Viehhofes, Dr. Basel, verhaftet worden.

# Selbstmörderbahnhof Börse!

Wieder ein Lebensmüder unter den Rädern des Zuges.

Erst kürzlich mußten wir von einem graufigen Selbstmord auf dem Stadtbahnhof Börse berichten. Gestern Abend spielte sich auf demselben Bahnhof abermals ein ähnlicher Vorfall ab.

Um 16.52 Uhr lief auf der Station ein in Richtung Spandau West fahrender elektrischer Vorortzug ein. Ein Mann, der in der Mitte des Bahnsteiges am Geländer des Treppenaufganges gestanden hatte, stürzte sich plötzlich vor dem Zuge auf die Schienen. Der graufige Vorgang spielte sich so schnell ab, daß der Zugführer nicht mehr rechtzeitig bremsen konnte. Mehrere Wagen rollten über den Körper des Lebensmüden hinweg, der auf der Stelle getötet wurde. Die Strecke mußte stromlos gemacht werden; nur unter großen Schwierigkeiten konnte die stark verflümmelte Leiche geborgen werden. Nach dem sofort angestellten polizeilichen Ermittlungen handelt es sich um den 37jährigen Dr. Kurt Fischer aus der Anekebedstraße 33 in Charlottenburg. Das Motiv der Tat ist noch völlig rätselhaft.

Am Innobroder Platz in Schönberg führen am Dienstag nachmittag zwei Straßenbahnen der Linien 71 und 174 mit großer Wucht aufeinander. Durch den heftigen Zusammenprall wurden zahlreiche Scheiben zertrümmert und drei Frauen erheblich verletzt. Die Verunglückte, eine 44jährige Frau Marie Lange aus der Donaustraße 118 in Neukölln, eine 65jährige Frau Margarete Lange aus der Pestalozzistraße 23 in Lichterfelde und eine 59jährige Frau Elisabeth Dröger aus der Ringstraße 45 in Lichterfelde mußten ins Schönberger Krankenhaus gebracht werden. Durch den Unfall wurde eine längere Verkehrsstörung hervorgerufen. Eine polizeiliche Untersuchung über die Ursachen des Zusammenstoßes ist eingeleitet worden.

# Unschuldig im Zuchthaus.

Raubmord nach 16 Jahren aufgeklärt.

Der Raubmord, der sich am 28. November 1913 in Detschenhorst abgespielt und im Jahre 1914 zu einer Verurteilung der drei Angeklagten Louis Schmidt, Engelbert Schmidt und Adolf Lehning zu je 14 Jahren Zuchthaus durch das Oldenburger Schwurgericht geführt hatte, ist jetzt völlig aufgeklärt worden.

Nachdem das Oldenburger Schwurgerichtsurteil durch Entscheidung des Reichsgerichts rechtskräftig geworden war, haben Engelbert Schmidt und Lehning schon vom Zuchthaus in Bedtha und später, nachdem sie durch Gnadenakt im Jahre 1921 aus dem Zuchthaus entlassen waren, weiter durch ihren Verteidiger den Kampf für ihre Unschuld geführt. Das Wiederaufnahmeverfahren wurde abgelehnt, ebenso die Beschwerde gegen diese Ablehnung. Die Ausübung einer Belohnung und Artikel in der Presse haben nun zu einer Anzeige eines Bremer gegen die wahren Täter geführt. Die Verhaftung zweier Personen ist am Sonnabend in Bremen durch den Oldenburger Staatsanwalt zusammen mit einem Kriminalbeamten erfolgt. Die beiden jetzt Verhafteten haben in den Vernehmungen am Sonnabend und Sonntag die Beteiligung an der Tat bereits eingestanden und die beiden anderen Täter genannt. Es handelt sich um den Gärtner Böhrke und den Maurer Martin, beide aus Bremen, Seekamp aus Offenbach und Hirsch aus Weihenheim. Alle Verhafteten gestehen die Tat ein.

# Winter in Oesterreich.

Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund hat gemeinsam mit der Oesterreichischen Verkehrsverwaltung in der Ansbacher Straße 5 in einer Ausstellung Winter zusammengefaßt, die den Reisenden die Oesterreichischen Winterportplätze in Bild und Schrift zeigen sollen. Die Ausstellung, die bis zum 20. Dezember geöffnet ist, zeigt vor allem Bilder aus den Oesterreichischen Alpen und aus Steiermark, das bisher am wenigsten vom großen Fremdenstrom aus Deutschland berührt worden ist. Und doch hat gerade die Steiermark mit den Orten Mariazell, Kufsee, Admont und den Sammeringorten herrliche Winterportplätze. Aber nicht nur der Winterportler, sondern auch der Erholungsreisende wird in den Bildern Anregungen für einen Winterurlaub finden. Herrliches Bildmaterial wird aus Schwab, Zell am See, St. Johann, Beren und Saalfelden gezeigt. Selbstverständlich fehlen Ausnahmen aus dem reizvollen Salzburg nicht. Die Oesterreichische Jugendliga hat in 21 prächtigen Bildern eine Sonder-

# Vor dem Urteil im Hirschberger Prozeß.

Die Gutachten der Sachverständigen.

L. R. Hirschberg, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Der größte Teil der heutigen Sitzung war von den Sachverständigen gutachten ausgefüllt; eigentlich hätte man sich diese schenken können. Ueber die Persönlichkeit des Angeklagten wie auch über die Psychologie der fahrlässigen Tötung oder Mord hatte man ja eine Fülle von Sachverständigenzeugen über sich ergehen lassen müssen. Die Schicksalsverständigen waren während des Lokaltages ergiebig zu Wort gekommen. Wenn aber der Herr Schicksalsverständige Preuß sich in das psychologische Gebiet verirrt, so war auch das nur eine Eigentümlichkeit des eigenartigen Prozesses. Der infantile Mensch streckt seinen Vater tödlich nieder. Eine Welt stürzt über ihn zusammen. Er, der schwächste Musterknabe, gerät plötzlich in eine Situation, der er in keiner Weise gewachsen ist. Er steht vor seiner Tat, er steht in ein Märchen von Verbrechern, das er bereits hundemal fabulierend und renommierend seinen Nächsten aufgefischt hat, schmückt es den Verhältnissen entsprechend aus und hält an ihm fest, bis zu dem Augenblick, da es nicht mehr geht. Dann erzählt er mit der gleichen Ausführlichkeit die Version der Fahrlässigkeit und schmückt auch diese Erzählung mit Familiengedanken aus. Nachmals: vorausgesetzt, daß es eine fahrlässige Tötung war. Was es aber das? Vollkommen unbeachtet blieb die Möglichkeit eines Totschlages. „Sieht so ein Mörder aus?“ fragte der Vorsitzende die Berliner Kriminalkommissionäre. Vielleicht nicht. Ein Totschläger kann aber bestimmt so aussehen. Wer kennt sich in den Hirnwegen eines infantilen Psychopathen aus, der belastet von den Geheimnissen seiner degenerierten Familie, ungewollt zu einer Tat gefangen kam, die er später nicht für seine eigene gelten lassen darf. Das Urteil wird auf fahrlässige Tötung lauten. Die Höhe der Strafe interessiert nicht. Was sollen hier ein paar Monate mehr oder weniger. Die Strafe, einen Vater getötet zu haben, ist wahrlich groß genug; für einen erblich belasteten Menschen wie Christian Friedrich vielleicht eine allzu große Belastung.

# Die Meinung der Sachverständigen.

Nach einer kurzen Pause wurde im Hirschberger Prozeß Kriminalkommissar Brachwig, Berlin, vernommen. Vors.: Wie erklären Sie sich die vielen verschiedenen Aussagen des Angeklagten? Zeuge: Je mehr er redet, um so mehr entfremdet er sich vom Kern der Wahrheit. Vors.: Halten Sie den Angeklagten für einen Mörder? Zeuge: Nein, obwohl es schwer ist, hier etwas Sicheres zu sagen. Ich glaube auch nicht an Aufrichtung zum Mord durch die Mutter. Wir haben nichts entdecken können. Ich bin der Ansicht, daß trotz einiger Motive, die für Mord sprechen, eine fahrlässige Tötung vorliegt. Angekl.: Ich möchte betonen, daß bei der flüchtigen und geschickten Art der Berliner Herren mir nichts anderes übrig blieb, als zu gestehen. — Damit war die Zeugenvernehmung beendet, nachdem auf die Aussagen der Brüder des Angeklagten und seines Onkels Karl verzichtet worden war. Der Vorsitzende richtete an die Sachverständigen zwei Fragen, ob erstens den Aussagen des Angeklagten Glauben geschenkt werden könne, und ob zweitens der Totschlag so von dem Angeklagten gelöst werden konnte, wie er es darstellte. Als erster Sachverständiger nahm der Leiter der Waffenerforschungsanstalt in Reimonsdorf, H. Preuß, das Wort. Er war der Meinung, daß eine Schusslinie sehr schwer zu konstruieren sei, da die Schädelknochen des Toten die Bahn des Geschosses abgelenkt hätte. Gegen einen Mord spreche die Annahme, daß ein Sohn so geisteskrank sein solle, eine lang vorbereitete Handlung durchzuführen, ehe er den Schuß abgab. Vors.: Bleiben Sie bitte bei den technischen Er-

örterungen. Sachverst.: Ich muß den Fall auch von dem schupentechischen Standpunkt aus beleuchten. Der Sachverständige Preuß führte weiter aus, daß auch der Begriff Fahrlässigkeit abgeklärt werden könne, da ein Waffenfabrikant oder ein Berufsjäger bereits als jahrelang geübt werden müsse, in einer Situation, in der ein Gelegenheitsjäger nur eine leichte Kugel verdient. Sehr interessant war die folgende Demonstration am dem Gewehr. Der Sachverständige erklärte eine weitere Sicherung an der Ungefährlichkeit, die dem Angeklagten bis dahin nicht bekannt war. Der Sachverständige bezeichnete die Handlungsweise des Angeklagten als fahrlässig, nicht aber als fahrlässig. Allerdings lasse sich nicht feststellen, wie der Schuß losgegangen sei.

Der Darstellung des Angeklagten könne man nicht glauben, auch nicht, daß beim Schießen gegen das Schloß der Schuß losgegangen sei.

Der zweite Sachverständige, Ingenieur Schmuderer, schloß sich zum Teil den Ausführungen des ersten Sachverständigen an. Er war der Meinung, daß der Tote seinem beabsichtigten Schuß zum Opfer gefallen sei. Ein Mörder hätte seiner Ansicht nach tiefer ins Genick oder ins Rückenmark geschossen. Als dritter Schicksalsverständiger wurde dann Prof. Brüning-Berlin vernommen, der die Geschosshölle mikroskopisch untersucht hat. In einigen Splintern des Geschosshölles waren oxydante Reaktionen nachzuweisen, ist also nachweislich Blut durchströmt worden. Die Kugel ist dann durch Holz gegangen und dann in eine Wand, die grün tapeziert war, wie sich durch das Mikroskopieren feststellen ließ. Der Totschuh mußte unter normalen Umständen etwa 1,40 Meter hinter dem Strafen Eberhard in einer Höhe von ungefähr 1,10 Meter abgegeben worden sein. Durch die Ablenkung des Geschosses ließ sich jedoch etwas absolut Sicheres nicht sagen. Prof. Brüning fuhr weiter fort, daß die unterfunden, nicht abgeschlossenen Patronen starke Reibungszeichen gehabt hätten, doch frage es sich, ob diese Reibungspuren gerade am 18. März entstanden seien. Zusammenfassend war Prof. Brüning der Ansicht, daß bei der Konstruktion der Wunde die Darstellung des Angeklagten glaublich sei, daß der Schuß losgegangen sei, ohne seine Schuld.

Dann nahm als erster psychiatrischer Sachverständiger Universitätsprofessor Geh. Rat Schulz-Böllingen das Wort. Er führte aus, daß es sehr schwierig sei, ein Gutachten abzugeben, da man doch nur auf die Angaben des Angeklagten angewiesen sei. Er habe ihn 100 Tage bei sich gehabt und beobachtet. In der Familie seien einige Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen. Sein Gefühlsystem sei nicht normal, die Reaktionen außerordentlich labil und verlagert leicht. An Fleiß und Eifer fehle es ihm nicht, wohl aber die Fähigkeit der Selbsteinsicht. Dem Mangel an Schulwissen stehe ein großes praktisches Wissen gegenüber. Sein Wesen sei heftig, lebenswützig, unvorsommend und behärdet. (Bei der Charakterisierung vermag der Angeklagte seine Tränen nicht zurückzuhalten.) Von den Angehörigen pflege er mit der größten Hochachtung zu sprechen. Schlechte Eigenschaften ließen sich kaum anführen. Motive für die Tat seien für ihn nicht zu finden. Er scheine nicht der Mann, der seinen Vater vorzüglich zu töten vermochte. Von einer Anwendung des § 51 könne keine Rede sein. Er ist für seine Tat verantwortlich. Sachverständiger San.-Rat Kollo. Bielefeld glaubt, daß der Angeklagte öfter mit Denkmühen zu kämpfen habe. So erklärte sich seine Unbesinnlichkeit, die bezüglich der Fiktion von den Einbrechern mit einer Autohypothese verbunden gewesen sei.

Damit war die Beweisnahme in dem Prozeß beendet. Mit Rücksicht auf den Zustand des Angeklagten verlegte das Gericht die Verhandlung auf heute früh. Zunächst wird Oberstaatsanwalt Dr. Engel das Wort nehmen und dann werden die Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Queigebraun und Dr. Kutsche, sprechen. Das Urteil ist in den späten Nachmittagstunden zu erwarten.

# Jack-London-Feier

Mittwoch, den 11. Dezember 1920, 8 Uhr abends in der Aula der Gemeindegemeinschaft Albrechtstr. 26

Rezitationen von Alfred Beierle

dazu 50 unbekannte Lichtbilder aus Jack Londons Leben

Unkostenbeitrag 50 Pfennig

Vereinigung sozialdemokratischer Studierender

Sozialistischer Hochschulausschuß

ausstellung zusammengestellt, die sicher manchen kosten wird, selbst einmal in den kleinen Kabinen der Seilbahn hinaufzufahren in das waldküstliche Gebiet der Zugspitze.

# Kommunistische Verleumdungen.

Eine 12stündige Gerichtsverhandlung.

Die kommunistische Presse lebt es, von Zeit zu Zeit die Leitung des Verbandes für Freiheitskämpfer und Feuerbestattung E. B. als besessenen hinzustellen. Um den Verleumdungen den Anschein einer Beweislast zu geben, wird auf Verweigerungen Bezug genommen, die der frühere wegen Verfehlungen aus dem Verbande entzogene und gerichtlich verfolgte Hauptkassierer Frisch auf der Anklagebank getan haben soll.

Zufällig hatte Frisch über angebliche Vorkommnisse in der Verwaltung dunkle Andeutungen gemacht und ist deswegen von dem Geschäftsführer des Verbandes mit einer Verleumdungsklage bedacht worden. Gleichzeitig wurde verurteilt ein von Frisch zillierter Gewährsmann namens Kähler, der ebenfalls den Verband und die Sozialdemokratische Partei wegen über Affären verlassen mußte. In erster Instanz wurden beide verurteilt und beide legten gegen das Urteil Berufung ein. Jetzt sah die SPD ihren Zeitpunkt gekommen und gewährte Kähler den Beistand des sattem bekannten Rechtsanwalts Dr. Samier. Dieser verfuhr in der Berufungsverhandlung seine Verleumdungspolitik fortzusetzen, kam aber diesmal nicht durch, so daß die Verhandlung nach ununterbrochener zwölfstündiger Dauer zu Ende geführt werden konnte. Frisch gab die Erklärung ab, daß er die Behauptung gegen die Verwaltung, sie nehme Schmiergelder an, nicht erheben wollte, und daß er auch keinen Anlaß gehabt hat, eine solche Behauptung aufzustellen. Er wurde damit aus der Anklage herausgelassen, um später im selben Termin als Zeuge über die Vorgänge auf der Verbandsgeneralversammlung vernommen werden zu können. Er erklärte, daß weder Saufgelage noch ähnliches auf Kosten des Verbandes stattgefunden haben. Daß auch die Forderungen nur ihre von der Verbandsgeneralversammlung beschlossenen Dätze bekommen hätten, und zwar alle Delegierten einheitlich. Es hätte auch kein Fonds, aus dem heraus Entschuldigungen gemacht werden könnten.

Damit ist eine seit Jahr und Tag mit den niedrigsten Mitteln betriebene Verleumdungskampagne wieder einmal restlos zusammengebrochen. Auch Kähler konnte nicht den geringsten Wahrheitsbeweis für seine Behauptung antreten, so daß er zu 200 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Haft wie auch zur Tragung der Kosten verurteilt werden mußte. Von diesem Ausgang erfahren die Leser der kommunistischen Presse natürlich nichts.

# Ist Restroy der gefuchte Mörder?

Zur Verhaftung in Rowowes.

Wie die Kriminalpolizei Potsdam verkünden läßt, ist es entgegen der ersten Annahme sehr unwahrscheinlich, daß es sich bei dem in Rowowes verhafteten Anedri Restroy um den gefuchten Düsseldorf-Rassenmörder handelt. Der Verhaftete wird entgegen den ursprünglichen Absichten nicht nach Düsseldorf geschafft werden, sondern ein in Düsseldorf tätiger Kriminalist wird zur Vernehmung Restroys nach Potsdam kommen.

# Städtischer Beamter verhaftet.

47 000 Mark städtische Gelder veruntreut.

Gegen den Stadtoberingieur Wilhelm Möllerke ist die Voruntersuchung unter der Anklage der Unterschlagung der Amisuntererschlagung in Verbindung mit Urkundenfälschung vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichtes eröffnet worden. Gleichzeitig wurde er gestern früh wegen Verdunkelungsgelahr und Straßverdrachts in Haft genommen. Möllerke wird beschuldigt, etwa 47 000 M. städtische Gelder, über die ihm ein Verfügungsrecht zustand, für sich verwendet zu haben.

Das Gas im Haushalt. Heute nachmittag 15 Uhr 20 Minuten findet ein Rundfunkvortrag des Oberingenieurs Tombrink (Berlin) über das Thema „Das Gas und seine Verwendung im Haushalt“ statt. Der Vortrag soll besonders interessantes Material für die Hausfrau bringen.

Nur noch innenmatellierte Glühlampen. Glühlampen aus Glas sollen wegen ihrer starken Blendwirkung niemals an sichtbar Stelle verwendet werden. In tiefen Schirmen und Schalen oder eingeschlossen in lichtstreuende Hüllen sind sie zwar nicht sichtbar, erzeugen aber störende Lichtflecke. Diesen Fehler zeigen matellierte Lampen nicht, aber ihre durch die Mattierung rauhe Außenfläche verschmutzt schnell, wodurch Licht veratet geht. Deshalb werden die neuen Osram-Lampen, bei denen die Mattierung innen angebracht ist, überall willkommen sein. Sie haben eine glatte, weniger leicht verschmutzende Außenfläche und eine gleichmäßige Lichtverteilung, ohne störende Lichtflecke zu erzeugen.

# Gegen Hochschulreaktion und Bildungsmonopol!

Massenkundgebung der sozialdemokratischen Studenten.

Eine überfüllte Massenkundgebung der sozialdemokratischen Studenten in der Stadthalle zeigte, daß ein immer wachsender Teil der Studenten sich von der passiv reaktionären Beschränktheit abwendet, die von den traditionellen studentischen Organisationen heute getrieben wird. Sie reißen sich ein in die Schar von Studenten, die gemeinsam mit der Arbeiterbewegung um eine Reinigung und Erneuerung des Hochschullebens, um einen Bruch des Bildungsmonopols der Besthenden, um eine sozialistische Regeneration der bürgerlichen Wissenschaft kämpfen.

Drei Redner, die Genossin Professor Dr. Anna Siemen, die Genossin Professor Heller und Professor Ernst Rötting, zeigten die geschichtlichen Ursachen der heutigen reaktionären Haltung der Mehrheit der deutschen Studierenden und des deutschen Hochschullebens auf. Sie wiesen aber auch die Wege, die zu einer Neugestaltung führen, an der die Arbeiterklasse als einzige fortschrittliche Kraft in der bürgerlichen Gesellschaft stark interessiert ist.

Genossin Siemen ging in ihrer Untersuchung von den einst revolutionären bürgerlichen Bildungszielen der aufsteigenden bürgerlichen Klasse aus, die sich stützten auf das allgemeine gesellschaftliche Ideal der Freiheit und Sicherheit des Besitzes, der Unantastbarkeit und freien Entwicklung des einzelnen Individuums. Nicht Massenbildung, sondern Bildung von Persönlichkeiten ist das bürgerliche Bildungsziel. In Deutschland aber war das revolutionäre Bürgertum politisch ohnmächtig und wirtschaftlich geschwächt. Seine aktivsten Schichten waren zunächst nicht wirtschaftlich mächtige Großunternehmer, sondern die abhängigen Beamten- und Gelehrten-schichten. Darum äußert sich der revolutionäre Charakter des Bildungsziels dieser führenden Schichten nur in einer merkwürdigen Sphäre der Bestabgewandtheit, in der „reinen“ Wissenschaft, der „reinen“ Kunst, der „reinen“ Theorie. Die politische und wirtschaftliche Praxis gilt, anders als in den anderen bürgerlichen Ländern, fast als eine Entwürdigung des alleseitig gebildeten Forschers, den die Unversität heranbilden soll. Nur ein einziger Vertreter des neuen Bildungstrebens, der erste Berliner Universitätsrektor, forderte auch für diesen Idealen Gelehrtenstypus politische Herrschaft und Betätigung. Die geistige Regeneration des deutschen Bürgertums ist daher belastet mit Wirklichkeits- und Gegenwartserne, mit mittelalterlicher Romantik, und unsere heutigen Hochschulen sind darum Horde mittelalterlicher, feudaler Ueberlieferungen. Als das deutsche Bürgertum wirtschaftlich mächtig und politisch herrschend wird, ist es längst nicht mehr revolutionär, und sein Bildungsziel ist dann kein revolutionäres Menschheitsideal mehr, sondern wird bemußt als Klassenideal nach dem Gesichtspunkt der reinen Nützlichkeit für die Herrschaft der ausbeutenden Klasse geformt. Die in jüngster Zeit immer härter zum Hochschulsstudium drängenden Kleinbürgerlichen Schichten, die dort einen Ausweg aus der ihnen drohenden Proletarisierung suchen, diese desillusionierten Elemente, die verzweifelt gegen ihren mit geschichtlicher Notwendigkeit erfolgenden Niedergang ankämpfen, suchen darum Anschluß an die materiell gesicherten Schichten und übertrahlen dabei Tradition, Astenbündel. Sie machen sich gegen ihr wahres historisches Interesse an den extremsten Vertretern reaktionärer Politik.

Ihren haben wir Sozialisten unser neues Bildungsziel entgegen, das auf der Erkenntnis der geschichtlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeit der Entwicklung beruht, das den Menschen nicht als Individuum, sondern als gesellschaftlich bestimmten und solidarisch wirkenden Vorgang sieht. Die Erfüllung dieses sozialistischen Bildungsziels wird aber erst möglich durch Ueberwindung der inneren Widersprüche der Klassegepaltenen bürgerlich-individualistischen Gesellschaft, durch Fortschreiten von der spezialisierenden Verfassung der heutigen geistigen Unversität zu einer neuen geistigen Unversität im vollen Sinne des Wortes: zur Menschheit.

Professor Heller und Professor Rötting vertieften die Analyse der Genossin Siemen durch Aufdeckung einzelner Spezialprobleme und durch Enthüllung der typisch kleinbürgerlichen Illusionen, in denen heute noch die Masse der Studentenschaft zum Ruhen und zur Freude der Reaktion belangen ist. Die Unethischeit und Halbheit der heutigen wissenschaftlichen Ausbildung wurde scharf kritisiert.

Der große Beifall bewies, daß der Aufbruch zur Einreichung auch der Studenten in die solidarisch kämpfende Front der sozialistischen Bewegung nicht ungehört verhallt ist.

## Veraltete Universitätsgesetze.

Bei der zweiten Lesung des Etats des Kultusministeriums im Preussischen Staatsrat wurde von dem Mitglied des Staatsrats Dr. Reerfeld, Köln, die Frage gestellt, ob das Ministerium gewillt sei, die Entscheidung des Senats der Unversität Berlin in der Angelegenheit der Studentenkrawalle zu billigen. Hierauf erwiderte, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ein Regierungsvertreter, daß das Ministerium in materieller Hinsicht zu der Entscheidung noch nicht Stellung genommen habe, da der Bericht erst am 3. Dezember eingetroffen sei. Nach dem geltenden Gesetz vom 29. Mai 1870, betr. die Rechtsverhältnisse der Studierenden usw., habe das Ministerium im vorliegenden Falle keine rechtliche Möglichkeit, gegen die Studierenden selbst einzuschreiten. Die Disziplinargewalt werde vielmehr allein durch Rektor und Senat ausgeübt, während der Minister nur Berufungsinstanz in bestimmten Fällen sei, in denen die Studierenden die Berufung beantragen, und ein Begnadigungsrecht bei den schwersten Strafen habe. Da das vorliegende Gesetz heute noch zeitgemäß sei, unterliege der Prüfung. Es sei nicht zu verkennen, daß die Erfahrungen der letzten Zeit das bestehende Gesetz als veraltet erscheinen lassen könnten.

## Martyrium eines Kindes.

Der frühere Polizeiwachtmeister Schmiedel wurde wegen gefährlicher Körperverletzung und Kinder-mißhandlung, begangen an seinem Töchterchen Annaliese, zu drei Monaten Gefängnis, seine Ehefrau wegen fortgesetzter Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

## Das Problem Ostelbien.

Soziales und wirtschaftliches Elend der Landarbeiterschaft.

„Wie die Republik Ostelbien vergessen hat“ nannte sich das Thema, über das der Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer im Reichswirtschaftsrat auf Einladung der Deutschen Liga für Menschenrechte sprach. Den zwischen Ost und West bestehenden Zwiespalt erklärte Lemmer aus der sozialen und ökonomischen Struktur des Ostens, die sich in den letzten zehn Jahren fast nicht verändert habe. Die Verhältnisse im Osten bildeten nach wie vor eine ständige Bedrohung der Republik.

Auf einer Fläche von 35 Prozent unseres Reichsgebietes wohnen 19 Prozent der Gesamtbevölkerung; die Landwirtschaft dominiert, Großgrundbesitz ist vorherrschend, die Lösung der Agrarfrage bildet daher gleichzeitig die Lösung des Problems Ostelbiens. Bei der Besprechung der Landarbeiterfrage und Landflucht, die den Hauptinhalt der Ausführungen bildeten, schätzte der Redner die wahrhaft erschütternden Zustände, unter denen die Landarbeiterschaft Ostelbiens zum großen Teil noch zu leben gezwungen ist. Von den großen sozialen Errungenschaften der letzten 20 Jahre ist hier fast nichts zu spüren, Tarifverträge existieren meist nur auf dem Papier, da die Landarbeiterschaft mit allen Mitteln von den Gewerkschaften ferngehalten wird und die Mehrzahl zwangsläufig im Landbau organisiert ist. Das soziale und wirtschaftliche Elend ist oft größer als in den Elendsbezirken der Großstädte. Die Freizügigkeit ist sehr beschränkt, viele Sozialhilfsgesetze dehnen sich in ihrer Wirkung nicht auf die Landarbeiterschaft aus und die Abhängigkeit vom dem Arbeitgeber ist teilweise so groß, daß sie an Leibeigenschaft erinnert. Das Hofgängerwesen, die katastrophalen Wohnungsverhältnisse, der geringe arbeitsrechtliche Schutz machen es verständlich, wenn jährlich Tausende von Landarbeitern ihre Heimat verlassen und in die Großstädte strömen. Lemmer wies zum Schluß auf die polnischen Grenzgebiete hin, die im Verhältnis zu den deutschen Grenzgebieten eine fast doppelte Bevölkerungsdichte aufweisen und forderte zur Erhaltung des deutschen Ostens eine intensivere Siedlungs-politik.

In der Diskussion belagte Genosse Duasnid vom Deutschen Landarbeiterverband besonders, daß die Landarbeiterschaft schon zahlenmäßig die Stütze der Republik in Ostelbien sei. Wir müssen daher versuchen, die Lage der Landarbeiterschaft zu heben und ihre Stellung gegen das reaktionäre Großgrundbesitz zu stärken. Von der Gewerkschaft werde die getan, aber die Schwierigkeiten seien zu groß und bei Behörden und Parlamenten sei oft kein genügendes Verständnis vorhanden. Siedlung fördere er nur dort, wo der Stodler auch wirklich existieren kann. Noch besser aber wäre es nach seiner Ansicht, wenn der Staat selbst mehr Betriebe bewirtschaftete, die dann in jeder Beziehung zu Musterbetrieben werden könnten. Diese Betriebe könnten Keimzellen republikanischer Gesinnung und republikanischen Lebens auch in Ostelbien werden.

Sprechhor für proletarische Feiertage. Die Uebungsstunde am Donnerstag fällt aus. Nächste Uebungsstunde 13. Dezember.

Weiß und gesunde Zähne. „Da ich schon seit Jahren meine Zähne mit Ihrem hochgeschätzten „Chlorodont“ und Ihrer Chlorodont-Zahnbürste pflege, so will ich Ihnen meine Anerkennung für Ihre Präparate entgegenbringen, denn meine Zähne sind so weiß und gesund, daß mich meine Freunde und Bekannten darum beneiden.“ Gz. Karl Stein, Ebersberg/Boar.

Und ein noch netterer Kindertag als sonst immer soll's diesmal werden.

Denn mit Rücksicht auf das kommende Fest ist ganz entzückende Kinder-Kleidung zusammengestellt, die sich als Geschenk besonders nett eignet, und die Preise sind vielfach noch günstiger,

als es ohnehin an unserem Kindertag üblich ist.

Das Fest ist nicht mehr weit - säumen Sie nicht lange -

**GEHEN SIE ZU C&A**

**Schenkt und spart zugleich!**

**Mittwoch ist Kindertag!**

**C&A BRENNINKMEYER**

- 1) Frochwooll-Mantel; warme Phantasieware mit Absseit; Pelzimitation. Für 7-8 Jahre (and. entspr.)
- 2) Pyjock in sehr guter Qualität; warm, kariertes Fency-futter, Armstickerel. Für 5-6 Jahre (and. entspr.)
- 3) Wunderhübsches Wollkleid aus Popelin; zweitortb. Stickerel u. Tresse. Gr. 45-90 Gr. 45 (and. entspr.)
- 4) Knaben-Sweater aus reiner Wolle; lebhaft farbige Strickanten. Div. Farben. Für 5-6 J. (and. entspr.)

**Oranienstr. 40 am Drahtseilhaus**

**Chausseestr. 113 Königstraße 33**  
Baustr. 113/114 am Drahtseilhaus



# Der Original Berliner Weihnachts-Markt im Verkaufskeller

jede Nummer gewinnt!

# KARSTADT

U:BAHNHOF HERMANNPLATZ / DER KARSTADT-BAHNHOF

## Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 11. 12. <b>Staats-Oper</b> Unter d. Linden A.-V. 27 1/2 19 Uhr	Mittwoch, 11. 12. <b>Städt. Oper</b> Bismarckstr. Turnus IV 19 1/2 Uhr
Der <b>Schatzgräber</b>	Die <b>Gezeichneten</b>
<b>Staats-Oper</b> Am P.d. Republik. Vorstr. 99 20 Uhr	<b>Städt. Schauspiel</b> am Landwehrmarkt A.-V. 24 1/2 20 Uhr
Spanische Stunde, Der arme Matrose, Angélique.	<b>Don Carlos</b>
<b>Städt. Schiller-Theater, Charlitz.</b> 11 Uhr: <b>Der Kaufmann von Venedig</b>	

**SCALA**  
Tgl. 2 Vorst. 8 u. 8 1/2 Uhr  
Sonnt. 2, 8 u. 8 1/2 Uhr  
Barbarossa 250  
Preis 1-6 M. Wochent. 5 u. 50 Pl. - 3 M.  
Matrosen-Notizen, Kalka, Stanley u. Mov. Parzen 1 & Co., Borsl & Partner usw.

**PLAZA**  
Tgl. 8 u. 8 1/2  
Sonnt. 2, 8 u. 8 1/2  
Alex. S. 4. 5064  
**INTERNAT. VARIETE**

**Theater i. d. Behrenstr. 53-54**  
8 1/2 A 4 Zentrum 926-927 8 1/2  
... Vater sein, dagegen sehr

**Winter Garten**  
8 Uhr - Zentr. 2619 - Bismarck orient  
18 Original Lawrence Tiller-Girls  
und weitere Variété-Neuheiten

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz  
8 Uhr  
**Antire Droyfus**  
Schauspiel von René Kestner  
Regie: H. D. Kenter

**Städt. Schiller-Th.**  
8 Uhr  
**Der Kaufmann von Venedig**

**Ständchen am Platz**  
Der Depote  
8 Uhr

**Spanische Stunde**  
Der arme Matrose  
Angélique

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr  
Lohrdiner Straße 37.  
**Der neue Schlager!**  
**Familie Hannemann.**  
Dazu ein erstklassiger bunter Teil.  
Für unsere Leser:  
Zuscheln für 1-4 Personen  
Festzelt nur 1,25 M., Sessel 1,75 M.,  
Sondertage Preise: Parkett u. Rang 0,80 M.

**ROSE**  
**-THEATER** Dr. Frankfurter  
Königsplatz 189  
Teleph.: Alexander 3422 u. 3404

Täglich 8 1/2 Uhr  
(Sonntags 8 1/2 und 9 Uhr)  
**Pariser Blut**  
Jeden Mittwoch u. Sonnabend  
nachm. 8 Uhr

**„Max und Moritz“**  
und der Weihnachtsmann  
Großes Weihnachtsmärchen.  
Jeden Sonntag, nachm. 2.30 Uhr  
**Frau Holle**

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 1/2 Sonntag nachm. 2  
Das große Weihnachts-Programm der  
**Stettiner-Sänger**  
Bittertheater-Zentrum 11263  
Nachm. halbe Preise!

**Dönhoff-Brattli**  
Das phänomenale  
Dezember-Pracht-Tanz.

**Schlafzimmer**  
fabelhaft billig!  
**Berolina**  
KOMMANDANTENSTR. 57

**GROSSES SCHAUSPIELHAUS**  
& Uhr:  
**3 Musketeiere**  
Regie: ERIK CHARELL.

**Renaissance-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**PARISER LEBEN**  
Operette von Offenbach.  
Regie: Gustav Hartung.  
Musikalische Leitung: Theo Mackeben.  
Helmholtz 01 0991 u. 2083/34.

**Herzliche Weihnachtsbitter!**  
Weihnachten ist das die Zeit, das Ich  
der Liebe und Freude. Wer hilft mir,  
das unglückliche Kindchen und deren armen,  
hilfsbedürftigen Angehörigen eine Weis-  
nachtsbitter bereitet werde? Diese armen  
nicht, mit Geduld und Bitter bis das Ich  
dieser Menschen ist. Alle sie mühen sich  
sich Menschen zu erwärmen. Damit auch  
sie auf eine Hilfe hoffen dürfen und  
in den Augen der Seligen und stolzen  
Himmel nicht ohne Liebe bleiben. Bitter  
bis die lieben Seelen dieser Seelen herzlich  
um Geben der Liebe.  
Geisler, Wagner  
am Frauengarten in Berlin NO 43  
Bismarckstr. 10, und am Gerichtsgarten  
in Charlottenburg, Rantze 78.  
Bismarck u. d. Herrn Polizeipräsident, u. 5. 12. 20.

**Zentral-Theater**  
Alte Jakobstr. 32  
Gespielte 6. Th. d.  
Westens  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Stg. 5 u. 8 1/2 Uhr  
**Friederike**

**Lessing-Theater**  
Norden 10846  
Mittwoch beidseitig  
Künstler-Theater  
**„Habima“**  
Premiere 12. Dez.  
Die  
**Krone Davids**

**Kleines Theat.**  
Merkur 1624  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Max Adalbert**  
in  
**Das Parfum**  
meiner Frau  
Lustsp. v. Leo Lenz

**Tonal. & Roth-For**  
König Str. 6  
Tgl. 8 Uhr  
auch Sonnt.  
nachm. 3 U.  
**Ritter-  
Sänger.**  
Das einzig  
dastehende,  
vielseitige  
Weihnachts-Pr.

**Planetarium**  
am Zoo  
Führt technische Uhr  
(u. d. Barbarossa 557)  
16 1/2 Uhr Die Winter-  
sternbilder  
18 1/2 Uhr Der Stern  
der Welten.  
20 1/2 Uhr Der Planet  
Jupiter.  
Eintritt 1 Mark.  
Kinder 50 Pf.  
Mittwochs halbe  
Kassenpreise.

**2 x 4,80 M. = 6.- M.**

**Irrtum? Nein, wenn**

**AAKJÄR**  
„Gärende Kräfte.“ Ein humor-  
voller Landarbeiterroman.  
die  
halbjährige  
Mitgliedschaft  
im Bücherkreis  
erworben  
wird.

**H. CUNOW**  
„Liebe und Ehe im Leben der  
Völker.“ Reich illustriert.  
Zwei  
der hier  
verzeichneten Bände  
erhält man dann  
schon für je  
3 Mark

**DE JONG**  
„Mereynte Geyson.“ Die Ge-  
schichte eines Knaben. 2 Bde.  
(in Holland über 65 000 Expl. verbreitet)  
(statt je 4,80  
im Buchhandel),  
dazu gratis  
6 illustrierte  
Monatshefte.

**ANNA KARAWAJEWA**  
„Das Sägewerk.“ Ein Dorf-  
roman des heutigen Rußlands.  
Noch vortell-  
hafter die Jahres-  
mitgliedschaft. 5 Bücher  
für 13 Mark und  
12 Ill. Heft.

**C. LEMONNIER**  
„Moloch.“ Das belgische Ge-  
genstück zu Zolas Roman.  
Monatliche  
Teilzahlung von  
1 Mark und freie  
Wahl der Bände  
gestattet.

**K. SCHRÖDER**  
„Jan Beek.“ Das Buch ist von  
mitreißender Wirkung.  
Die Werke  
des Bücherkreises  
sind bestes  
Kulturgut.

**B. SCHÖNLANK**  
„Agnes.“ Der Lebensroman  
einer tapferen Proletarierin.  
wertvoll  
in der Ausstattung  
und unerreicht  
billig.

**Das Vier-Männer-Buch**  
Erlebnisanovellen von Währle,  
Barthel, Jung und Scharrer.  
5 Bände-Paket  
unverbindlich zur Ansicht!

Hier abtrennen und einsenden an die Buchhandlung:

**Der Bücherkreis G.m.b.H.**  
Berlin SW61, Belle-Alliance-Platz 7 5

Senden Sie mir auf Grund des Angebots des Bücher-  
kreises folgende Bände zur Ansicht:

1. \_\_\_\_\_ 2. \_\_\_\_\_  
3. \_\_\_\_\_ 4. \_\_\_\_\_  
5. \_\_\_\_\_

Ich verpflichte mich zu einer 1/2-1-jährigen Mitgliedschaft  
und zahle monatlich \_\_\_\_\_ Mark

Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_

(Nichtgewünschten durchstreichen)

# Früherer Ladenschluß am Weihnachtseabend

## Das Gesetz vom Reichstag verabschiedet.

In der Reichstagsitzung am gestrigen Dienstag gab vor Eintritt in die Tagesordnung

Abg. Treviranus im Namen der „Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft“ folgende Erklärung

ab: Wir sind aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgetreten, weil wir die Politik des augenblicklichen Führers der Deutschnationalen Volkspartei ablehnen und weil uns die Freiheit des Handelns nach unserem Gewissen, so wie es die verfassungsmäßige Verantwortung für unser Volk erfordert, in der deutschnationalen Reichstagsfraktion abgelehnt worden ist. Wir fühlen uns als Träger des Gedankengutes, das im deutschnationalen Parteiprogramm niedergelegt ist. Wir wollen wahrhaft konservative Gedanken in praktische Politik umsetzen. Unser großes Ziel ist die Erreichung einer echten Volksgemeinschaft, die sich zur Aufgabe stellt, unter Hintanhaltung parteipolitischer Gedanken das Vaterland aus dem Elend herauszuführen. (Beifall.) Es folgt der Ausschussbericht über die Beratung des sozialdemokratischen Antrags, den

Cadenschluß am 24. d. M. im ganzen Reich auf 5 Uhr nachmittags

festzusetzen. Die Ausschussmehrheit hat diesem Antrag mit der Ausnahme zugestimmt, daß die Lebensmittel-, Tabak- und Blumen-geschäfte erst um 6 Uhr zu schließen brauchen. Ueber die Ausschuss-verhandlungen berichtet Abg. Aufhäuser (Soz.).

Abg. Sollmann (Soz.):

Wir stehen endlich einmal vor einem Reichstagsbeschluß, der die Mehrheit des ganzen Volkes erreicht. Im Ausschuss sind allerdings die Sozialdemokraten und die Kommunisten bedingungslos diesem Beschluß beigetreten, die übrigen Parteien waren gespalten. Der ehemals deutschnationale Abg. Mumm hatte einen ähnlichen Antrag gestellt, aber bei der Abstimmung war nicht ein einziger Deutschnationaler im Ausschuss anwesend. Besonders gegenwärtig war die Haltung der Wirtschaftspartei. (Ärgerlicher Widerspruch der Wirtschaftspartei.) Gegenüber den Bedenken verschiedener Fraktionen ist zu sagen, daß die Käufer sich sehr leicht darauf einrichten werden, auch den Angestellten einen freien Weihnachtseabend zu gönnen. Wir haben durchaus Verständnis für die Not der kleinen Geschäfteleute. (Widerpruch der Wirtschaftspartei.) Wenn Sie den Vorwurf der Mittelstandsfeindschaft gegen uns erheben, dann sind mittelstandsfeindlich auch alle konfessionellen Parteien, alle Angestellten und Beamten, also die große Mehrheit des Volkes. Im Ausschuss sind gegen die Angestellten harte Worte gebraucht worden. (Ärgerlicher Widerspruch der Wirtschaftspartei.) Ich begreife, daß keiner von Ihnen diese Worte hier wiederholen will, aber

ein Redner der Wirtschaftspartei hat die Arbeitswilligkeit, die Arbeitslust und die Arbeitsfähigkeit der Angestellten ganz allgemein angegriffen.

(Ärgerlicher Widerspruch der Wirtschaftspartei.) Vergessen Sie nicht, daß die Angestellten gerade in den Wochen vor Weihnachten ein Höchstmaß an Arbeit zu leisten haben, daß sie zwei bis drei Sonntage vorher arbeiten müssen. Die meisten Angestellten sind verheiratet, viele haben Kinder, sie müssen doch auch das Recht haben, mit ihren Kindern das Weihnachtsfest zu feiern. Der frühere Ladenschluß kommt auch den Verkehrsarbeitern und Transportangestellten zugute, denn in den Großstädten müssen bei einem 7-Uhr-Ladenschluß die Verkehrsinstitute bis spät abends in Betrieb sein. Unser Antrag nützt ja auch den Ladenbesitzern, deren Frauen sich doch freuen werden, am Weihnachtseabend den lieben Gatten früher daheim zu haben. (Heiterkeit.) Sie können keinen einzigen durchschlagenden Einwand gegen unseren Antrag vorbringen. Ich hoffe, daß alle Parteien dieses Hauses, die bei aller Berücksichtigung von wirtschaftlichen Notwendigkeiten die großen idealen Güter nicht vergessen, hinter diesem Gesetzentwurf stehen werden. Wir wissen, daß

Millionen in unserem Volk nur ein sehr kärgliches Weihnachtsefest feiern

können. Wir wissen, daß das Parlament viele Hoffnungen enttäuschen muß. Um so schöner wäre es, wenn hier einmal der Reichstag sich einmütig zur Annahme des Gesetzes zusammenschließt, eines Gesetzes, das niemanden etwas kostet, aber vielen Volksgenossen eine kleine Weihnachtsfreude bereitet. (Beifall.)

Abg. Rieseberg (Dnat.) bekämpft die Vorlage. Die Verkaufszeit von 5 bis 7 Uhr sei für die Ladeninhaber die beste, denn da kommen die Arbeiter und Angestellten. Angehts der vielen Ausnahmen sei von einer wirklichen Abendruhe am 24. Dezember doch keine Rede. Die Deutschnationalen würden einer grundsätzlichen Regelung im Sinne des 5-Uhr-Ladenschlusses am 24. Dezember zustimmen; sie könnten aber nicht jetzt 5 Minuten vor zwölf die mittelstandsfeindliche Vorlage des Ausschusses annehmen.

Abg. Esser (Z.): Das Zentrum ist grundsätzlich mit einem früheren Ladenschluß am Weihnachtseabend einverstanden. Bedenklich ist aber eine Gelegenheitsgesetzgebung, mit der ein Teil der Arbeitsjahrgänge bevorzugt werden. Diese Vorwegnahme bedeutet eine große Härte für den Einzelhandel und für große Teile der Konsumenten. Ein Teil der Zentrumsfraktion kann aus diesen Gründen der Vorlage nicht zustimmen.

Abg. Torgler (Komm.): In Utrecht und anderen Städten ist, entsprechend dem „Anheimstellen“ des Reichsinnenministers, der dritte Sonntag vor Weihnachten als Erseh für den Volkseinstichtsonntag zum Arbeitsestas erklärt worden. Unter den Protesten der Wirtschaftsparteier usw. fordert der Redner die Angestellten zum Kampf gegen die „Krauter“ auf.

Abg. Dr. Pfeiffer (D. Sp.) spricht gegen Verkürzung der Arbeitszeit im Ladengewerbe. Der Niedergang des Mittelstandes ist auch auf die scharfe Reglementierung der Arbeitszeit zurückzuführen.

Abg. Behold (Wirtsch.-P.): Ich war im Ausschuss gegen den sozialdemokratischen Antrag, aber bei unserem Beratungsantrag ließen uns die anderen bürgerlichen Parteien im Stich. Der Einzelhandel fordert auch Selbstbestimmungsrecht und Wahrung erworbener Rechte. Am Heiligabend ist das Hauptgeschäft im ganzen Jahr. Wenn man mit der Regelung am Jahresbeginn anfängt, wird der Einzelhandel zustimmen, aber nicht 3 Minuten vor zwölf. Ich frage Sie (nach links), wollen Sie uns Steuerfreiheit für das erste Vierteljahr 1930 gewähren, wenn wir für den 5-Uhr-Ladenschluß am Heiligabend eintreten? (Große Heiterkeit.)

Abg. Hill (Dem.) tritt für die Vorlage ein.

Abg. D. Mumm (Dnat. K.-G.): Das Gesetz wird wohl angenommen werden, in drei Jahren werden Sie sich damit abgefunden haben.

Nach weiteren Reden der Vertreter kleiner Parteien folgt die Abstimmung.

Die Verschlechterungsanträge der Wirtschaftspartei werden abgelehnt, die Bestimmungen des Gesetzes von den Sozial-

demokraten, Demokraten, Kommunisten, Rationalsozialisten, dem größeren Teil des Zentrums, der Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft und Teilen anderer Parteien angenommen, während die Wirtschaftspartei, der größte Teil der Deutschnationalen und die Minderheiten des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und anderer Gruppen dagegen stimmen. Ueber ihren Verschleppungsantrag, das Gesetz am 1. Januar 1930 in Kraft zu setzen, beantragt die Wirtschaftspartei namentliche Abstimmung, was jedoch nicht ausreichend unterstützt wird. Der Antrag selbst wird abgelehnt. Die Schlußabstimmung in der dritten Lesung ist auf Antrag Sollmann (Soz.) namentlich. Das Gesetz wird

mit 283 gegen 104 Stimmen bei einer Enthaltung verabschiedet.

Abg. Drewitz (Wirtsch.-P.) beantragt nun auf Grund des Artikels 72 der Reichsverfassung die Verkündung des Gesetzes um 2 Monate zu verschieben.

Ein solches Verlangen bedarf zu seiner Ausführung der Unterstützung durch ein Drittel des Reichstages. Die Feststellung geschieht durch Hommesprung; der Antrag wird mit 278 gegen 73 Stimmen abgelehnt.

Präsident Lobe: Das ist nicht einmal ein Drittel der Anwesenden, erst recht nicht ein Drittel des Reichstages. Das Gesetz tritt also mit seiner Verkündung in Kraft. (Beifall.)

Gegen 5 1/2 Uhr wird die Sitzung wegen der anberaumten Fraktionsberatungen abgebrochen. Der Präsident schlägt für die am heutigen Mittwoch 3 Uhr beginnende Sitzung vor: Aenderung der Diäten, Verschärfung der Geschäftsordnung, Standesherrrenten, Wohnungsfragen.

# Die preußischen Finanzen.

## Höpler-Schoffs Staatsrede.

Im Preussischen Landtage setzte am Dienstagmorgens der Finanzminister

Dr. Höpler-Schoff

seine Staatsrede fort, von der wir den Anfang bereits in der Abendausgabe berichteten. Er führte weiterhin aus:

Erst das Jahr 1928 hat die volle Auswirkung der Erhöhung der Beamtenbesoldung gebracht. Der preussische Staatshaushalt wird dadurch mit jährlich 201,4 Millionen belastet. Wir haben diese Belastung ausbalden können, ohne die schwebende Schuld wesentlich zu erhöhen; sie beträgt gegenwärtig 67,5 Millionen. (Hört, hört! und Bravo!) Wäre der Kapitalmarkt normal, so wäre das überhaupt kein Betrag. Immerhin stehen wir relativ günstig da und haben

an dauernden und schwebenden Schulden höchstens 10 Proz. des Staatsvermögens.

Auf der anderen Seite können wir schwer Einnahmen erhöhen oder Ausgaben ersparen. Die Personalausgaben machen im preussischen Etat über 75 Proz. der Gesamtausgabe aus. Die Vermehrung des Personals läßt sich fast ausschließlich begründen. In der Hauptsache durch die große Neubesetzung der staatlichen Polizei. Wer von Ausbildung des Verwaltungsapparates spricht, beweist damit nur, daß er von der staatlichen Verwaltung in Preußen keine Ahnung hat. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben vorgeschlagen, bei der Justiz zu sparen durch Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte, Einführung des Einzelrichters in Zivilsachen, Verzicht auf die Vermehrung der Richter in den Senaten der Oberlandesgerichte, Einschränkung der Berufung nach dem Muster der Arbeitsgerichte, Verminderung der Anwaltsgebühren in Armensachen.

Aber zur Durchführung dieser Maßnahmen brauchen wir die Zustimmung des Reiches. Wir haben

bei der Steuerverwaltung 600 Beamte eingespart.

Sollen wir mehr einsparen, muß die Steuererhebung zur Ruhe kommen. Dafür ist vorläufig keine Aussicht. Wir werden die Verwaltungsreform energisch weiter betreiben, besonders durch zweckmäßige Zusammenlegung lokaler Behörden und Einsetzung von Sonderbehörden in die allgemeine Verwaltung. Aber an eine wesentliche Herabsetzung der Beamtenzahl ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Ebenso wenig an eine Herabsetzung der Beamtengehälter. Die Gehälter der unteren Beamten sind 150 Proz. des Friedensgehalts, die der mittleren 130 Proz., die der höheren 120 Proz. Damit ist das Realeinkommen der Friedenszeit nicht erreicht.

Auf der Einnahmeseite hat Preußen die Eisenbahn endgültig verloren. Der Anteil der Länder und Gemeinden an Ueberverschuldungssteuern ist in den letzten Jahren wiederholt gekürzt worden. Preußen hat sich durch äußerste Sparsamkeit finanziell immer selbst gehalten; aber andere Länder haben Anfordernungen gestellt, und das Reich hat ihnen geantwortet. Nach dem § 35 des Finanzausgleichsgesetzes müssen die sechs östlichen preussischen Provinzen vom Reich eine Sonderzuweisung von 72 Millionen erhalten;

tatsächlich erhält Preußen keinen Pfennig.

Waldes erhielt nach diesem § 35 vom Reich 500 000 Mark extra. Seit Waldes in Preußen aufgegeben ist, zahlt das Reich keinen Pfennig. Jeder derartige Schritt zur künftigen Reichsreform stellt Preußen finanziell unangenehm. Kann man uns da verübeln, daß wir dem kommenden Finanzausgleich mit Sorge entgegensehen? Der Gedanke, die Steuerquellen zwischen Reich und Ländern alibi aufzuteilen, ist utopisch und ist aufzugeben. Aber man will die Länder und Gemeinden geringer an den direkten Steuern und stärker an den indirekten Steuern beteiligen. Da kommt alles auf

den Verteilungsschlüssel an. Wenn man die Biersteuer nach dem örtlichen Einkommen, aber die Branntweinsteuer nach der Bevölkerungsziffer verteilt, kann kein Finanzminister mehr den preussischen Etat balancieren. Der Staatsrat hat sich dem Gutachten Wilhelm-Düsseldorf und Kaiser-Dortmund angeschlossen, wonach künftig die Gemeindeausgaben für Polizei, Schule, Wahlfahrtspflege und Straßenbau vom Staat normiert werden sollen. Das wird sehr schwierig sein, denn z. B. für den Straßenbau fehlen alle Maßstäbe. Aber dasselbe Ziel haben wir beim Polizeikostengesetz schon vor Augen gehabt und werden es demnächst beim Schullastenausgleich zu erreichen suchen. Leider haben wir dazu noch nicht die Mittel. Aber vielleicht erhalten wir sie demnächst vom Reich. Denn das wäre der beste Weg für die Gemeinden, die Herabsetzung der Realsteuern zu ermöglichen. Sonst muß

Kern der Reichsfinanzreform die stärkere Besteuerung des erheblichen Verbrauchs

sein. Dringend erwünscht wäre, den Gemeinden eine allgemeine Steuer zur Verfügung zu stellen, also ihnen entweder das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer zu geben oder einen gestaffelten Verwaltungskostenbeitrag von allen Gemeindeeinwohnern zu erheben. Bisherig lassen sich diese beiden Ideen verbinden, wenn man die Zuschläge zur Einkommensteuer immer auf eine volle Mark abrundet. Dann könnten diese Zuschläge zugleich mit der Kirchensteuer erhoben werden, deren Erhebung jetzt fast unüberwindliche technische Schwierigkeiten macht. (Unruhe bei den Sozialdemokraten, Lärm des Abg. Szillat (Soz.); und das Ganze nennt man dann Verwaltungsreform! — Heiterkeit.) Ich sehe keinen anderen Weg, den Gemeinden eine allgemeine Steuerquelle zu geben. Aber vielleicht hat das Reichsfinanzministerium einen Weg gefunden, an dessen Arbeiten wir leider wenig beteiligt worden sind.

Selbstfalls werden wir die Schwierigkeiten auch in Preußens Finanzlage

nicht mit wehleidiger Neurotizität

meistern. Der Steuerbedarf ist in Deutschland hoch, aber in den anderen Staaten noch höher. Der Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung — ausschließlich Landesverteidigung, Kolonie, Schuldienst und Kriegskosten — beträgt pro Kopf der Bevölkerung in Amerika 300 Mark, in England 240 Mark, in Schweden 205 Mark, in Deutschland 180 Mark. So schlecht und so teuer, wie die Wirtschaftspartei behauptet, ist also unsere Verwaltung nicht. (Heiterkeit und Zustimmung.) Und so herunter ist auch unsere Wirtschaft nicht, daß gar nichts mehr verdient würde. Der vierjährige Anfallskursverlust betrug 1925 41,5 Milliarden, jetzt 55,5 Milliarden. Die Produktionsziffern im Bergbau sind gegenwärtig die höchsten seit dem Weltkrieg. (Hört, hört! links.) Der Eisenbahntransportverkehr ist genau so groß wie im vorigen Jahre. Die Lage der Landwirtschaft ist nur beim trocknenbauenden Großgrundbesitz hoffnungslos, sonst wesentlich gebessert. Zum erstenmal seit der Stabilisierung hat das Jahr 1929 einen realistischen nachweisbaren Rückgang in der Verschuldung der Landwirtschaft gebracht. Die Einlagen bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften wachsen regelmäßig. Die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen; aber die Zahl der arbeitenden Erwerbstätigen ist trotzdem gegenwärtig um 150 000 höher als heute vor einem Jahr. Deutschlands Ansturm ist ständig gestiegen und erreicht jetzt 1200 Millionen im Monat. Gegenüber der allgemeinen Misstätigkeit und dem ruinösen Füllmismus hielt ich mich für verpflichtet, doch einmal diese Zahlen aufzuzeichnen zu lassen. Auch Preußen wird seine schweren Staatsaufgaben nur mit mutigem Herzen erfüllen können. (Beifall links und in der Mitte.)

Die Aussprache über die Etatsvorlage beginnt am Mittwoch um 12 Uhr.

**SCHENKT EINANDER SALAMANDER**

u. dazu die passenden Strümpfe u. Überschuhe.

# Alkoholdividenden!

Die Ernte des Braukapitals.

An der Angst um eine Schmälerung seiner Profite hat das Braukapital in den letzten Wochen eine hemmungslose Agitation gegen die beabsichtigte Erhöhung der Biersteuer getrieben. Da das Braujahr jeweils am 30. September beendet ist, kommen die Abkässe der Brauereien, die fast durchweg die Rekordgewinne des vergangenen Jahres noch übersteigen, gerade zur rechten Zeit.

So kann das Hofbrauhaus Hanau seine Dividende gleich um 3 auf 15 Proz. heraufsetzen und dazu noch seinen Aktionären durch billigen Aktienbezug ein fettes Extragehäufel zuschlagen. Auch das Paulanerbräu in München, das offiziell an seiner zwölfpromzentigen Vorjahrsdividende festhält, gewährt seinen Aktionären in Gestalt eines sogenannten Bonus noch eine Sonderdividende von weiteren 3 Proz. Der Rückfortkongern, dessen Hochburg Nord- und Ostdeutschland ist, hat gleichfalls aus seinen verschiedenen Brauereien durchweg bedeutend höhere Erträge herausgewirtschaftet. So hat die Bonarthebrauerei in Königsberg ihre Dividende von 14 auf 18 Proz. gesteigert, die gleichfalls in Königsberg arbeitende Schöndüsch-Brauerei ihre Dividende von 10 auf 12 Proz. und das Bürgerliche Brauhaus in Insterburg die Dividende von 6 auf 9 Proz. erhöht. Die beiden kleinen Lüßler Gesellschaften des Rückfortkongerns, die im vergangenen Jahr als weiße Raben im Braugewerbe ohne Dividende blieben, zahlen diesmal 4 Proz. aus.

Weitere Dividendensteigerungen sind bei der Aktienbrauerei Essen von 13 auf 15 Proz., bei der Brauerei Zirndorf von 12 auf 14 Proz. und bei dem Hofbrauhaus Koburg sogar von 15 auf 17 Proz. zu melden. Das Kulmbacher Ritzbräu hält an seiner hohen 14prozentigen Dividende vom Vorjahr fest, während die Görtzler Aktienbrauerei trotz bedeutend höherer Abschreibungen seine Dividende von 10 auf 12 Proz. heraufgesetzt hat. So schlecht geht es dem Braukapital!

# Banken und Konjunktur.

Die Dresdner Bank ist optimistisch.

Nach wie vor ist die Frage über den Stand und die Entwicklung der Konjunktur in der Devisenleihe scharf umstritten. Um so bemerkenswerter ist es, daß sich in letzter Zeit die Banken zur Konjunktur weit optimistischer stellen, als dies sonst von privatwirtschaftlicher Seite geschieht.

Diese Zuversicht kommt auch in dem jetzt veröffentlichten Bericht der Dresdner Bank für den Monat November zum Ausdruck. Der Bericht betont, daß sich die Wirtschaftslage im ganzen nicht wesentlich geändert habe und daß die eingetretenen Veränderungen größtenteils auf Saisoninflüsse zurückzuführen sind. Diese wirkten sich für fast alle Konsumgüterindustrien günstig aus, vor allem in der Bekleidungsindustrie, wo eine mehr oder weniger beträchtliche Bewegung in den meisten Betriebszweigen festzustellen war. Andererseits läßt sich die in den letzten Wochen eingetretene starke Zunahme der Rohlenförderung und zugleich die Steigerung der Hochöfen- und Stahlwerksproduktion nicht allein aus Saisongründen erklären. In anderen wichtigen Industriezweigen, wie der chemischen und elektrotechnischen Industrie, ist der Geschäftsgang im allgemeinen gleichfalls befriedigend geblieben. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß unter Hinzuziehung der erhöhten Warenumsätze des gleichfalls gestiegenen Güterverkehrs bei der Reichsbahn und den wachsenden Umsätzen bei den Kaufmannschaften als Gesamtergebnis eine höhere Wirtschaftstätigkeit als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres festzustellen ist. Die größere Zahl der Erwerbslosen widerspricht diesen Tatsachen nicht, denn hier können in allererster Linie Wirkungen der Rationalisierung zum Ausdruck kommen.

Auch die überraschende Steigerung der Einfuhr von Textilstoffen im Oktober sowie der Rückgang des Exports von Textilfertigen wird von der Dresdner Bank insofern konjunkturpolitisch günstig gedeutet, als darin eine langsame Besserung des Auslandsmarktes zum Ausdruck käme. Die weitere Verbilligung der ausländischen Rohstoffe muß dem Bericht zufolge sich für die deutsche verarbeitende Industrie gleichfalls günstig auswirken, da diese überwiegend auf ausländischem Rohstoffbezug basiert.

# Ein vernünftiger Beschluß.

Abschluß der Deutschen Beamten-Zentralbank an die Reichszentralkasse.

Der Hauptvorstand des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes stellt mit Befriedigung fest, daß die Vertrauenskrise, die zur Zeit über das deutsche Geldwesen hereingebrochen ist, die deutsche Beamtengehaltswirtschaft, soweit sie dem Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund und seinem Reichsverband angehört, nicht zu erschüttern vermocht hat. Im Gegenteil hat die Beamtengehaltswirtschaft durch die Schaffung der an die Preußentasse sich anschließenden Reichszentralkasse der deutschen Beamtenbanken e. G. m. b. H. eine weitere Festigung und Stärkung erfahren, während die in Berlin erfolgten zwei Beamtenbankzusammenbrüche ausschließlich solche Institute betrafen, welche weder dem Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund angehörten, noch sich von seinem Reichsverband kontrollieren ließen.

Der Hauptvorstand des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, daß die Deutsche Beamten-Zentralbank sich der Reichszentralkasse anschließen und dadurch die Anschluß an die Preußentasse vollziehen soll. Der Aufsichtsrat der Deutschen Beamten-Zentralbank ist diesem Beschluß beigetreten.

Dieser Beschluß ist erfreulich, sowohl im Eigeninteresse der Beamten als auch zur Förderung einer einheitlichen und ausreichend kontrollierten Beamtengehaltswirtschaft. Das D. D. Bank-Projekt ist damit gelöst.

# Was ist mit dem Reichskuratorium?

Personalpolitik der Privatindustrie.

Vor einigen Tagen wurde der Rücktritt des Generaldirektors Himmenthal von der Leitung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit bekannt. Himmenthal hat seit 1923 auf diesem Posten ausgehalten. Er kam aus der Privatindustrie, von der Hanomag-Hannover.

Während seiner Tätigkeit als Leiter des Rationalisierungsinstituts in Deutschland hat Himmenthal weitgehende Anerkennung gefunden. Das hinderte uns nicht, die Tätigkeit des Kuratoriums mit etwas anderen Augen zu betrachten. Himmenthal hat zweifellos während seiner Amtszeit schon was in die Wege geleitet; ohne Zweifel hat er auch eine bestimmte unrichtige Auffassung über den Fortgang und die weitere Entwicklung der Rationalisierung, über das internationale Zusammenarbeiten in der wirtschaftstechnischen Umstellung und anderes mehr gehabt. Aber man mußte in den letzten

# 2,20 Milliarden Mark.

Die Kapitalbildung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Wir haben einen Statistiker gebeten, einmal die vom Reichsverband der Deutschen Industrie geforderte Kapitalbildung zu berechnen. Hier seine Antwort.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat dem ersten Abschnitt seiner viel besprochenen Denkschrift den Titel gegeben: „Der Ernst der Lage“. Der Titel ist gut gewählt. In der Denkschrift werden recht ernste Dinge behandelt und die Verfasser der Schrift wollen aufeinander ernst genommen werden.

Die Industriellen fordern den Staat auf, über die Sicherung der Rentabilität ihrer Betriebe hinaus die Bildung des Eigenkapitals, das heißt das

## Ansammlen von Kapital in den Betrieben

mit allen Maßnahmen zu fördern. Die wichtigsten Mittel dafür stellen die Sozialpolitik und die Finanzpolitik dar, vorausgesetzt, daß die eine und andere nach den Wünschen der Industrie umgestellt wird. Das Programm ihrer Umstellung ist bereits eingehend ausgearbeitet und allseitig begründet, es bleibt nur, es kurz zusammenzufassen. Aus Gründen, die uns unklar sind, haben die Herren aus dem Reichsverband es unterlassen, eine solche Zusammenfassung ihrer Denkschrift beizulegen. Die nachfolgende Berechnung soll diese Lücke ausfüllen und der Deutlichkeit zeigen, was eigentlich die Industriellen augenblicklich für nötig halten.

## Die Sozialversicherung

soll „im Gegensatz zum jetzigen Zustand den Grenzen wirtschaftlicher Tragfähigkeit angepaßt werden“. Sie soll „die unberechtigten, die Volkswirtschaft schädigende Ausnutzung ihrer Einrichtungen aber verhindern“. Also: Kürzung der Leistungen sowie der Beiträge! Um wieviel — sagen die Herren nicht. Wollen wir aber annehmen, daß eine Kürzung um 25 Prozent sie befriedigt hätte. Gegenwärtig machen die Beiträge der Sozialversicherung rund 5 Milliarden Mark im Jahre aus; davon werden 2,5 Milliarden Mark von den Arbeitgebern bezahlt. Kürzt man die Leistungen der Sozialversicherung um 25 Prozent, dann wird sich für die „Wirtschaft“ eine Ersparnis von 625 Millionen Mark ergeben.

## Die staatliche Zwangseinwirkung auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen

ist zu beseitigen. Unmittelbar wird nur die Frage der Verbindlichkeitserklärung aufgerollt, in Wirklichkeit handelt es sich um allgemeine Drosselung der Löhne, die nach Auffassung der Industrie angeblich zu hoch sind und weiter zu steigen drohen. Wieder veraten die Herren aus dem Reichsverband nicht, um was und wieviel es sich hier handelt. Es ist aber zu vermuten, daß die Aktion großzügig angelegt ist. Wollen wir annehmen, daß die Befürworter der Denkschrift sich auf eine Herabsetzung (bzw. Drosselung des Aufstiegs) der Löhne um 5 Prozent beschränken würden. Dies würde der „Wirtschaft“ im ganzen eine Reinigkeit von etwa 2 Milliarden Mark im Jahre ersparen.

## Auf dem Gebiet der Steuerpolitik

steht der Reichsverband nur recht bescheidene Forderungen auf: Es wird eine „fühlbare Entlastung von jenen Steuern“ gefordert, „die die Kapitalbildung hindern oder kaputtstreichend wirken“. Da aber jeder Pfennig, den der Kapitalist dem Staate abgibt, nach der Auffassung der Unternehmer genau um einen Pfennig die Kapitalbildung vermindert, sind alle Besitzsteuern entweder abzuschaffen oder herabzusetzen. Nämlich:

1. Sofortige und vollständige Aufhebung der Zahlungen nach dem Aufbringungsgesetz der Industriebelastung sowie der Verzinsung der Rentenbankgrundschulden.
2. Dies soll im Jahre etwa 330 Millionen Mark bringen.
3. Sofortige Herabsetzung der Gewerbesteuer auf min-

destens die Hälfte, gänzlicher Fortfall nach einer kurzen Uebergangszeit.

Diese Forderung ist schon erster: Es geht hier um rund 900 Millionen Mark.

3. „Ermäßigung der Grundvermögenssteuer, und zwar für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke auf die Hälfte.“

Auf diese Weise werden schließlich noch 500 Millionen Mark erspart oder in Kapital verwandelt.

4. „Herabsetzung der Einkommensteuer durch Senkung des Tarifs, vor allem in den mittleren und höheren Stufen“, in Verbindung mit der Beseitigung der Kapitalertragsteuer.

Die Steuerabzüge vom Kapitalertrag machen gegenwärtig rund 170 Millionen Mark aus, die sonstigen Einkommensteuerabzüge (ohne Lohnsteuer) wurden für das Rechnungsjahr 1928/29 auf 1524 Millionen Mark veranschlagt. Bieleicht werden die Industriellen so bescheiden sein, sich mit einer Herabsetzung der letzten Summe — die sie sowieso nicht völlig aufbringen — auf die Hälfte abzufinden? Dies wird ihnen rund 760 Millionen Mark und in Verbindung mit der Abschaffung der Kapitalertragsteuer insgesamt 930 Millionen Mark bringen. Selbstverständlich wird man noch eine Herabsetzung der Körperschaftsteuer — sagen wir auch auf die Hälfte, das heißt um 300 Millionen Mark im Jahre — hinzufügen müssen.

5. „Allmählicher Abbau der Hauszinssteuer mit dem Ziel ihrer gänzlichen Beseitigung, in Verbindung mit der Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft.“ Die Mieten sollen dabei nicht berührt werden. Der Gesamtbetrag der Hauszinssteuer — rund 1,5 Milliarden Mark im Jahre — kommt den Haus- und Grundbesitzern zugute.

6. „Herabsetzung der Kapitalverkehrssteuern und der Grunderwerbssteuern, sowie Beseitigung der Wertzuwachssteuern.“

Die Verminderung auf die Hälfte der Umsatzsteuern würde die Kapitalbildung in den „Betrieben“ um rund 500 Millionen Mark im Jahre fördern, die Herabsetzung der Grunderwerbssteuern und Abschaffung der Wertzuwachssteuern könnte weitere 100 Millionen Mark einbringen.

Diese Berechnungen, die freilich unseren deutschen Unternehmern eine vielleicht übertriebene Bescheidenheit zumuten, sollen nun ganz kurz zusammengestellt werden.

## Kapitalbildung nach dem Herzen der Unternehmer.

Ersparnis an Sozialabgaben . . . . .	625 Mill. M. im Jahre
an Löhnen etwa . . . . .	2000 . . . . .
Aufhebung der Industrieobligationen usw. . . . .	350 . . . . .
Fortfall der Gewerbesteuer . . . . .	900 . . . . .
Ermäßigung der Grundvermögenssteuer . . . . .	500 . . . . .
Herabsetzung der Einkommensteuer und Fortfall der Kapitalertragsteuer . . . . .	930 . . . . .
Herabsetzung der Körperschaftsteuer . . . . .	300 . . . . .
Abbau der Hauszinssteuer . . . . .	1500 . . . . .
Herabsetzung der Umsatzsteuer . . . . .	500 . . . . .
der Grunderwerbsteuer und Fortfall der Wertzuwachssteuer . . . . .	100 . . . . .
<b>Zusammen</b>	<b>7705 Mill. M. im Jahre</b>

Wenn man berücksichtigt, daß die unmittelbare Veranlassung zur „Simonreform“ die Verminderung der Reparationslasten Deutschlands um 700 Millionen Mark im Jahre bildete (Defizit und Kassenlage interessieren die Unternehmer nicht), dann ist man gezwungen, anzuerkennen, daß der Finanzplan des Reichsverbandes nun ersten und wichtigen Geschäftsleuten geschaffen wurde, besonders, nachdem diese Geschäftsleute der Ueberzeugung sind, daß die so geforderte Kapitalbildung aus der Erhöhung der Verbrauchssteuern aufgebracht werden kann.

Ronaten immer wieder feststellen, daß sich die Arbeiten im Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit nicht mehr vom Fleck bewegen wollten. Bieleicht hat Himmenthal daraus die Konsequenz gezogen.

Nun wird die Frage der Nachfolge akut. Sie ist nicht ganz leicht zu lösen. Von bestimmter Seite glaubt man allerdings, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erzählt, einen Nachfolger gefunden zu haben. Mit diesem Nachfolger scheint es aber so eine Sache zu sein: man weiß selbst in gut informierten Kreisen von diesem Nachfolger nichts anderes als seinen Namen. Urgewichtige Verdienste auf dem Gebiet der Rationalisierung hat er nicht. Der Mann soll anfänglich auch den Gedanken, daß er die richtige Persönlichkeit für die Leitung des deutschen Rationalisierungsinstituts sei, selbst von sich gewiesen haben. Gewisse Kreise der Privatindustrie, die ja einen ziemlich weitgehenden Einfluß auf das Reichskuratorium ausübt, hatten jedoch eine andere Auffassung. Er erscheint ihnen wohl die gegebene Persönlichkeit zu sein, die den „bewährten“ Kurs im Reichskuratorium gewährleisten wird.

Man muß sich überhaupt wundern, daß die Frage der Nachfolge nicht Himmenthal, wie so viele andere Fragen über die Köpfe der beteiligten Stellen erledigt werden soll. Die ganze Angelegenheit wird auch dadurch nicht besser, daß die Industrie schon seit geraumer Zeit keinen Pfennig mehr für das Reichskuratorium gezahlt hat. Andererseits verlangt man aber, daß die vom Reich bisher als einmalig bewilligten Mittel in Höhe von 500 000 Mark schon im nächsten Etat unter den laufenden Ausgaben erscheinen.

## Maschinenindustrie im November unverändert

Nach dem Novemberbericht des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten ließen die Anfragen aus dem In- und Ausland weiter nach. Die Auslandsaufträge nahmen dagegen etwas zu, während die Inlandsaufträge gegenüber dem ermäßigten Oktoberstand keine wesentliche Veränderung zeigten. Der Beschäftigungsgrad blieb auf Oktoberhöhe; die durchschnittliche Wochenarbeitszeit lag etwas unter 48 Stunden. Verschlechterungen werden aus der Landmaschinenindustrie, aus den Werken für den Bau von Kraft- und Kältemaschinen, Ventilatoren, Zerkleinerungs- und Aufbereitungsmaschinen sowie mechanischen Fördermaschinen gemeldet.

## Wieder 15 Proz. Schultheiß-Dividende

In den Aufsichtsratsitzungen des Schultheiß-Pagenhofer-Dtwerke-Konzerns wurde beschlossen, wie im Vorjahre für Schultheiß-Pagenhofer wieder eine Dividende von 15 Prozent und für die Dtwerke K.G. eine Dividende von 12 Prozent auszus zahlen. Da die Verwaltung dieses Konzerns schon seit Jahren eine sta-

bile Dividendenpolitik betreibt, läßt sich aus den Aktionärgewinnen selbst über die Entwicklung bei Schultheiß-Pagenhofer nichts sagen. Jedoch besteht auch diesmal die durchaus berechtigte Annahme, daß der Schultheiß-Konzern neben seiner sehr hohen Jahresdividende sich größere Rückstellungen vom Gewinn und eine Selbstfinanzierung seines Anlageausbaues hat leisten können. Der Geschäftsgang in den Brauereien war seit dem Beginn des neuen Geschäftsjahres im September 1929/30 durchaus befriedigend. Wie die Schultheiß-Brauereien meiden auch die verschiedenen Gesellschaften des Dtwerke-Konzerns allgemein steigende Umsätze.

Reichsbank in der ersten Dezemberwoche. Die Kapitalanlage der Reichsbank hat sich nach dem Ausweis vom 7. Dezember in Wechseln, Schecks, Lombards und Wertpapieren um 227,5 auf 2430,5 Millionen verringert. Der Rückfluß entspricht fast baargenau demjenigen der ersten Dezemberwoche 1928. Im einzelnen sind die Wechsel- und Scheckbestände um 104,9 auf 2289 Millionen und die zum Novemberultimo gleichfalls bedeutend erhöhten Lombardbestände um 107,6 auf 57,1 Millionen zurückgegangen. — Entsprechend den Entlastungen der Kapitalanlage sind in der Berichtswache an Reichsbanknoten und Rentenscheinen 257,8 Millionen in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen, so daß der gesamte Umlauf an Noten sich auf rund 5 Milliarden Mark stellt. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen wiesen in der Berichtswache einen weiteren Zugang um 5,9 auf insgesamt 2643,4 Millionen auf. Von dem Zugang entfallen auf die Goldbestände 4,3 Milliarden, die sich damit auf insgesamt 2244,6 Millionen stellen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen stieg von 53,6 auf 56,4 Proz.

Verstaatlichung amerikanischer Rundfunkgesellschaften. Der von den Pariser Sachverständigenverhandlungen her bekannte Amerikaner Owen Young hat sich jetzt in Senat für die Verstaatlichung der Telephon- und Telegraphen-Gesellschaften sowie der Rundfunkgesellschaften in den U.S.A. eingesetzt. Nach seinen Vorschlägen müßten alle diese Gesellschaften in einem System vereinigt werden, das der staatlichen Aufsicht unterstellt wird. Bei der Begründung seiner Forderungen erinnert Owen Young an die Verhältnisse in Europa, wo fast in einem jeden Lande die Regierung zum mindesten eine Kontrolle über Telephon- und Telegraphen- und Rundfunkgesellschaften ausübt.



Wirkt vorbeugend!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11, Schöneberger Str. 16a. Tel. LÖtze 8260-61.

## Edward Stillebauer: Der Egoist

Mit der gleichen Liebe und Sorgfalt, wie nunmehr schon seit zehn Jahren, hatte Minchen Rübeland das Abendessen für den Vater zubereitet und aufgetragen.

Kun lehnte sich der Alte nach dem letzten Bissen gemächlich in seinen Sessel zurück. Die ihm jeden Wunsch von den Augen ablesende Tochter, auf deren schönen Zügen bereits die schicksalsergebene Resignation des alternden Mädchens lag, holte die Pfeife.

Matthias Rübeland schmauchte.  
Und erst nachdem sie dem Vater das Vergnügen an den ersten Zügen seines geliebten Barinas restlos gelassen hatte, begann Minchen mit zögernder Stimme:

„Ich muß dir eine Mitteilung machen, Papa!“

„Kun?“  
Der Alte, dessen Auge bis dahin zufrieden den blauen Wälzchen gefolgt war, runzelte die Stirn.

„Du darfst es mir aber nicht verübeln, Vater!“

„In diesen Worten Minchens lag es fast wie ein Rückzug.“

„Aber was sollte ich dir denn verübeln, mein Kind?“

„Wenn Herbert Gerlach morgen seine Aufmerksamkeit bei dir mach!“

Eine lange und peinliche Pause entstand.

Matthias Rübeland schien über irgendein schwieriges Problem nachzusinnen und Minchen hielt den Atem vor lauter Schrecken an.

Hatte sie am Ende schon zuviel gesagt?

Endlich kam es von des Vaters Lippen:

„Du mußt mich nicht falsch verstehen, Minchen! Herbert Gerlach ist mir ein durchaus sympathischer Mensch. Zudem: Du bist vollkommen im Rechte. Auch du hast deinen Anspruch auf das Glück und das Leben! Wenn du mich denn verlassen willst...“

Matthias Rübeland brach mitten in dem Satze ab.

Minchen kannte das. Das war nun einmal so seine Art und Weise. Dieser egoistische Ton in der Stimme und der hilfeschende Blick, der an den eines großen Kindes erinnerte, weil er sich so ziellos und unbestimmt in der Ferne verlor.

Minchen schloß sich Mut.

„Aber von Verlassen kann doch gar keine Rede sein, Vater“, versichert sie. „Im Gegenteil! Gerade das Umgekehrte ist der Fall, an Stelle eines Kindes wirst du deren zwei haben, es wird alles heim alt sein bleiben, denn Herbert Gerlach hat sich bereit erklärt, mir das Opier zu bringen und zusammen mit dir und mit mir in diesem Hause zu wohnen! Er möchte nur wissen, wie er morgen von deiner Seite empfangen werden wird!“

„Kun war Gott Lob und Dank alles heraus, und Minchen atmete erleichtert auf.“

Stehend hingen die Blicke ihrer schönen blauen Augen an den Lippen des Vaters.

Aber Matthias Rübeland merkte das nicht.

„Hier im Hause?“

Das war alles, was er auf die Bitte seiner einzigen Tochter zu erwidern hatte.

„Wir dachten...“ brach da Minchen stockend hervor.

„Mich in meinem eigenen Hause auf das Meiste zu legen“, vollendete Matthias.

„Aber Vater...“

„Freilich, einen neuen und jungen Herrn hier einführen, der kann alles noch seinem Belieben machen.“

Matthias Rübeland erhob sich. Die Pfeife mundete ihm offenbar nicht mehr. Er stellte sie zur Seite. Dann ging er mit großen und langen Schritten, ohne ein Wort über die Lippen zu bringen, im Wohnzimmer auf und nieder und sagte plötzlich in beinahe barockem Tone:

„Gute Nacht!“

„Du gibst mir keinen Kuß, Papa?“

„Hier!“

Minchen fröstelte. Sie sah allein in dem trauten Zimmer, das der Vater nach solcher Unterredung verlassen hatte, und weinte leise vor sich hin... Das viertelmal schon, daß ihr der Vater in dieser Art und Weise mitgespielt hatte. Am 13. Mai wurde sie 20, und Herbert Gerlach würde vermutlich der letzte von ihr zurückgewiesene Freier sein.

Die Natur häumte sich auch in Minchens zaghafter Seele noch einmal auf. Aber... hing nicht zu ihrem Verderben dort drüben

an der Wand über dem Ledersopha das Bild der Mutter? Der vor elf Jahren hier im Hause Verstorbenen, der sie es auf dem Leidensbette in die Hand versprochen hatte, daß sie den Vater, dieses große Kind, niemals allein lassen werde, und nun?

Durch Herberts Nachgiebigkeit glaubte sie endlich und glücklich ein Kompromiß gefunden zu haben, aber der Vater...

Der war ein Mann und schon als solcher ein Egoist!

Sie war im Zweifel. Stundenlang überlegte sie hin und her. Das Recht auf das Leben, die Liebe und das Glück rangen in ihrem armen Herzen mit dem der Mutter gegebenen feierlichen Versprechen einen harten Kampf.

Da rief der Vater aus dem Schlafzimmer:

„Kun!“

Sie schrat zusammen.

Dieser barocken Krebse belebte er sich doch sonst nie.

So schnell sie ihre Füße zu tragen vermochten, eilte sie zu ihm.

„Was wünschst du denn, Papa?“

„Ich finde das Nachthemd nicht!“

„Aber es liegt doch wie alljährlich auf seinem gewohnten Plaz unter dem Kopfstücken, Papa!“

„Nein, da liegt es eben nicht!“

„Dann hast du es schon hervorgeholt!“

„Oh! Ha, ha! Du bist schlampig, du vernachlässigst mich, deine Gedanken gehören schon einem anderen!“

„Aber, Papa!“

Minchen schluchzte laut auf und der wehe Ton ihres tiefen Schmerzes klang wie das Stöhnen eines Schwerverwundeten.

Aber Matthias Rübeland nahm davon keinerlei Notiz.

Das Nachthemd auseinanderfallend sagte er:

„Es ist schon gut, Nimm!“

Und die, die plötzlich das Bild der Sterbenden in den Kissen dieses Bettes vor sich ausstiegen sah, stammelte, ohne recht zu wissen, was sie in diesem Augenblick tat:

„Herbert Gerlach wird morgen nicht kommen. Bist du jetzt mit deinem Minchen zufrieden, Papa?“

Ob Matthias Rübeland das war! So sehr, daß er auch in dieser Nacht, während sich Minchen, ihr Glück begrübend, weinend in den Kissen wälzte, den Schlaf des Gerechten schloß, so sehr, daß er diese Episode, die Minchens Gesicht befeuerte, schon nach zwei Tagen vergessen hatte, so sehr, daß sich fünf Jahre später das Folgende zu ereignen vermochte.

Matthias Rübeland, der sehr leicht an den nunmehr vollendeten sechzig Jahren lag, trat zu Minchen in die Küche just in dem Augenblick, da die ihm sein Leibgericht, Böffelersbren mit Speck, bereitete, klopfte der nun Vierunddreißigjährige auf die Schulter und meinte:

„Hör mal zu, Minchen!“

„Was denn, Papa?“

„Du kennst doch Frau Bernus?“

„Die junge Witwe?“

„Dieselbe!“

„Was ist denn mit ihr?“

„Wie gefällt sie dir denn?“

„Gut!“

„Was würdest du wohl dazu sagen, wenn ich die heiratete?“

„So alt bin ich ja schließlich noch nicht. Freilich...“

„Freilich?“

„Zwei Frauen in einem Hause, hm, das geht doch wohl nicht gut an. Das dürftest du wohl begreifen, mein Kind! Es wird dir ja nicht schwer fallen, eine Stelle als Sekretärin oder dergleichen zu finden, und dann, schließlich... 34... das ist noch gar kein Alter, zu guter Letzt bekommst du noch einen Mann!“

Minchen Rübeland erwiderte auch nicht ein einziges Wort.

Der Vater war glücklich und nahm ihr Schweigen als Einwilligung, die er noch in derselben Stunde Frau Bernus freudestrahlend mitteilte.

Nur darüber, daß Böffelersbren und Speck an diesem Tage angebrannt waren, ärgerte er sich, obwohl er sich in Anbetracht der heiklen Verhältnisse jeder abfälligen Kritik über Minchens Kochkunst enthielt.

springen der Tulpen, die brennenden Büsche der Thylage, das Blühen des orientalischen Rohrs, die blauen Fackelstangen des Rittersporns, das sonnige Leuchten des Helianthus, die schwarzgoldenen Feuerräder der Gaillardien, in deren Strahlenblüten die Gärtnere, ohne es zu wissen, eine Blumentafel der Republik gezeichnet haben, die gelben Garben der Goldruete, und wie sie alle begehrt bis zu den Farbenfeuern der Herbststern und Chrysanthemem.

Ueberall gibt es schon Knospen, verheißungsvoll sind sie da, noch ehe das letzte Blatt fällt. Knospen, von denen ein Dichter sagte, daß sie seien wie geschlossen hingehaltene Kinderhäufchen: „Kam mal, was ich da drin habe...“

Man schaut über sein Stück Garten hin und spürt das Knistern kommender Farbexplosionen allerorten, während noch das weiße Saub raschelt.

Getrost reißt man sich die Erde von den Händen, klopft die längst erstarrte Pfeife aus, wäscht sich mit vieler Wassererschwendung und ist zufrieden, als hätte man sein Teil Arbeit getan an der Vorbereitung des Frühlings.

Im Garten wartet er in heimlichen Verstecken. Er wird sich nur vom Winter die weiße Decke leihen, um noch ein wenig zu ruhen. Wir aber werden einstweilen das Sommergerät beiseite stellen, und die Schneeschuhe wachen. Edgar Hahnwald.

## Seltjame Vorweihnachten

An die Vorweihnachtslage 1929 wird man noch lange denken, denn sie ähnelt mehr der Pfingstzeit, als der Adventszeit. Fast aus ganz Deutschland kommen Meldungen, daß die Bäume wieder frisch ausschlagen, wie im April und Mai. In vielen Städten werden den Redaktionen der Zeitungen lebende Weihnachtsbäume zugesandt, die in dieser Jahreszeit eine ungewöhnliche Sensation sind. Aus Budapest wird gemeldet, daß in dem großen Pfirsich- und Weingebiet von Hünfirschen die Pfirsichpflanzungen in voller Blüte stehen wie im Frühling und durch ihren prächtigen Anblick viele Ausflügler anlocken. Man will sich diese „Baumbäume im Dezember“ aus der Nähe betrachten, da man nicht oft ein derartiges Schauspiel genießt. Dabei ist letztensweise dieses ungewöhnlich warme Wetter zur Adventszeit nicht einmal ein unerhörter Vorgang. Im Gegenteil! Warme Vorweihnachts- und Weihnachtstage sind mindestens ebenso häufig, wie kalte und weiße Weihnachten. Nur die Wäler und Dichter sprechen stets von Weihnachten im Schnee, ohne jedoch die Meteorologie um Rat gefragt zu haben, denn die Wetterkundigen konnten ihnen nicht verraten, daß der Weltgott sich nicht stets an die Poesie des Weihnachtsfestes hält. Die wissenschaftlichen Aufzeichnungen reichen ja erst wenige Jahrzehnte zurück, aber so ungewöhnliche Vorkommnisse, wie blühende Bäume zur Weihnachtszeit, sind in Deutschland doch so auffallend, daß sich die Chronik damit befaßt hat. Vielleicht das wärmste Weihnachtsfest der letzten 1000 Jahre fand genau vor 700 Jahren statt. Aus alten Chroniken erfahren wir, daß zu Weihnachten 1229 die Bäume geblüht haben. Auch Weichen waren in Deutschland im Dezember 1229 zu haben. Was aber noch seltener ist, das ist die Tatsache, daß dieses warme Wetter anhielt, denn im Februar 1230 sollen die Bäume Früchte getragen haben. Es war ein Jahr, in dem zweimal geerntet wurde. Ähnliches wird aus dem Jahre 1420 gemeldet. Die Verhältnisse in den verschiedenen Jahrhunderten haben keine große Veränderung erfahren. Auch in unserem Jahrhundert hatten wir schon mehrfach recht warme Weihnachtsmonate, ohne daß allerdings so ungewöhnliche Erscheinungen festgestellt wurden wie in diesem Jahr und in den von den Chroniken besonders vermerkten früheren Weihnachtsjahren. Allerdings darf man nicht vergessen, daß alle diese eigenartigen Dinge nur aus bestimmten und eng umgrenzten warmen Bezirken gemeldet werden. Eine kleine Änderung der Wetterlage, die uns nördliche und nordöstliche Winde bringt, kann diese ganze Herrlichkeit mit einem Schlag vernichten und die Natur in Eis und Schnee erstarren lassen.

## Künstlicher Blutfarbstoff

Lange Zeit glaubte man in der Chemie, einen prinzipiellen Unterschied zwischen den im Tier- und Pflanzenkörper gebildeten Verbindungen und denen des Mineralreichs annehmen zu müssen. Man glaubte z. B., daß es niemals gelingen würde, chemische Verbindungen, die der Körper mit seinen Lebensfunktionen aufbaute, die sogenannten „organischen Verbindungen“ im Organismus zu den „anorganischen“ des Mineralreichs, künstlich — wie es der Chemiker nennt: „synthetisch“ — herzustellen zu können. So bedeutete es eine große Revolution der Wissenschaft, als es 1828 Wöhler gelang, den Harnstoff auch außerhalb des tierischen Organismus aus den Elementen Kohlenstoff, Wasserstoff, Sauerstoff und Stickstoff zu gewinnen. Seitdem sind immer mehr „organische“ Verbindungen, wie Fette, Zucker, Indigo, Kampfer, Thein usw. „synthetisch“ hergestellt worden.

Einen neuen großen Fortschritt bedeutet es, daß es jetzt dem Professor Hans Fischer in München gelungen ist, einen wichtigen Bestandteil des menschlichen Blutes synthetisch zu gewinnen, und zwar das Hämatin. Das Hämatin ist eine rote, eisenhaltige Verbindung, die mit Eisenstoff zusammen den roten Blutfarbstoff, das Hämoglobin, bildet. Das Hämatin spielt eine außerordentlich wichtige Rolle im Sauerstoffhaushalt des Menschen: es transportiert den Sauerstoff der Luft, der durch die Atmung aufgenommen wird — dabei entsteht das Orythämoglobin —, aus den Lungen in den Körper, und schließlich die bei den dauernden Verbrennungsvorgängen im Körper entstehende Kohlenäure wieder nach den Lungen zurück, wo sie ausgeatmet wird. Dabei ist das Hämatin nur in geringen Mengen vorhanden: der menschliche Körper enthält etwa 5 Liter Blut, in denen — auf metallisches Eisen umgerechnet — nur 3 Gramm Eisen vorhanden sind, die sich in sehr komplizierten chemischen Verbindungen im Hämatin befinden. Wird das Hämatin zerstört, etwa durch Leuchtgas- oder Kohlenoxydvergiftungen, so treten schwere, oft tödlich verlaufende Störungen auf. Auch sonst spielt das Eisen im Körper eine große Rolle: in allen lebenden Zellen sind winzige Spuren enthalten; ist zu wenig vorhanden, so tritt Blutschwäche ein. (Ähnlich können Pflanzen ohne Eisen keinen grünen Farbstoff bilden, den sie zur Aufrechterhaltung der Lebensvorgänge unbedingt brauchen und geht sehr bald ein.) Die Blutschwäche ist also eine Verarmung des Blutes an eisenhaltigen Blutfarbstoff. Eisenhaltige und daher sehr gesunde Nahrungsmittel sind z. B. Spinat, Salat, Kohl. Vielleicht kam das künstlich hergestellte Hämatin einmal eine große Rolle in der Bekämpfung der Blutschwäche spielen.

## Die Herbstmelancholiker im Unrecht

Nun hat der Wind auch von der großen Küster im Nachbargarten das letzte Blatt gepflückt. Es hat lange gedauert in diesem milden Herbst; man würde schon ungeduldig, denn nach dem Laubfall beginnt noch einmal die Arbeit im Garten. Dem Nachbar gehört die Küster, mir aber spendet sie Schatten für den Sitzplatz im Sommer und eine verschwenderische Fülle weissen Laubes im Herbst.

Um diese Zeit haben die Lyriker, die ihre Reier nach dem Terminale der Stimmen, melancholische Gedichte vom herbstlichen Bergehen, von Tod und Sterben.

Es ist unglücklich, welche rauschenden Bogen weissen Laubes von so einem einzigen Baume niedergehen. Der Steingarten liegt darunter begraben, nur die größeren Büsche regen daraus hervor wie Riffe, neben denen die bläulich bereiften Säulen des Wacholders aufwachen. Das Laub muß weg, denn das alpine Gewächs, die Kissen und Koffer der Sorbitten und Kubrisien, der Lepphölzle und off der kleinen Frühlingwunder würden unter dieser unterm Schnee-qualenden Decke „vergeilen“ und Schaden leiden. Viele Körbe Laub, festgestampft bis zum Rand, sind fortzuschaffen, und dann, nach dem größten Aufräumen, beginnt die Säuberung im einzelnen, denn der Wind hat das Blätterzeug mit Vorliebe gerade in das Geflecht der Pflanzen hineingefegt, die das am allerwenigsten stehen. Und siehe da, die Regenwürmer waren auch schon am Werk; sie haben weiße Klätter hündelweise zu spizen Läten gedreht und in die Erde gezogen.

So hocht man denn da und pflückt zwischen Pflanzen und Steiner herum. Hoff ist es Spiel mit dem Stedenpferd, hoff ist es mühsame Arbeit, aus der man sich kreuzlahm aufrichtet.

Dabei erweist es sich, daß die Saisongrüner mit ihren vom Durchschlagpapier blau angelautenen Herbstfesterbeliedern unrecht, daß sie gar keine Ahnung haben, was im Herbst vorgeht. Da endet man zwischen den schwärzlich gewordenen Klättern der Leber-

blümchen, daß der Frühling schon bereit ist, noch ehe der Winter kommt: an allen Pflanzen schwellen zwischen den Stängeln der absterbenden Blätter die Knospen für den März! Kleine, zart-saumige Futterale, in denen zusammengelagert wie in den Wunder-schachteln der Zaubertümsler schon alles enthalten ist, was im Frühjahr innig zartblau aufblühen wird. Vor einigen Tagen habe ich neben die Leberblümchen einen Trupp Märzbecherwiebeln gesteckt, aus denen die Blattspitze hellgrün hervordrängen. Und wenn ich hier ein wenig in der feuchten Erde wühlen würde, so stiehe die Hand auf die Krotuszwiebeln, aus denen jetzt schon die Blattkeime wie weiße Kinderzähne hervorklugen. Diese Frühlingsgesellschaft, Leberblümchen, Märzbecher, Krotus, ist versammelt unter einigen Daphnebüschen. An deren Zweigen sitzen aufgereiht die Knospen, anzusehen wie Kapern. So ist der Frühlingssack schon fertig: blau, weiß, gelb, rosa; er wartet nur auf seine Zeit, um herrlich aufzuklingen. Das greift jetzt schon über den Schnee hinaus, noch ehe er da ist. Wer redet da vom herbstlichen Sterben?

Und so ist es im ganzen Garten. Der Haselnußstrauch hat seine Schnürchen schon gedreht. Und wenn ich im Staudenbeet die Erde ein wenig beiseite schieben würde, kämen überall die Triebe zum Vorschein, die im Frühjahr aus der Erde brechen werden, kaum daß sie frostfrei geworden ist. Alles ist fertig und bereit; die blaugrünen gefalteten Blätterhändchen des Rittersporns, die roten fleischigen Triebe der Dicentra, des „Tränenden Herzens“, die des Eisenkrautes, die wie zusammengeballte braungrüne Würde aussehen werden, wenn sie erscheinen. Noch stehen die leer-gewordenen Gerüste des Sommers, und schon glimmen die unterirdischen Lunten für das nächstjährige Feuerwerk, denn ein Feuerwerk ist das wechselseitige Wachsen, Blühen und Zurücksinken der Blumen auf einem Staudenbeet; man müßte das einmal einen Sommer lang mit dem Zeitroffer fotografieren, um es, auf eine Stunde zusammengedrängt, sichtbar zu machen; das hohe Auf-

